

Erheint täglich morgens. Sonntags und nach Feiertagen ab
...
Preis: 10 Pf. ...

Oberschlesische

Einzelpreis 70 Pf.
Sonntags 100 Pf.
...
Preis: 10 Pf. ...

Volksstimme

Organ der Katholischen Volkspartei Oberschlesiens

Ar. 48 Sonnabend, den 18. Februar 1922 48. Jahrgang

Die deutschen Vorbereitungen für Genua

Aus den Parlamenten

Deutscher Reichstag

Berlin, 17. Februar. (Eig. Meld.)

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-
sitzung standen zunächst kleine Anfragen.
Hierauf folgte die zweite Lesung des Ge-
setzes zur Abänderung des
Gesetzes zur Erhebung einer Abgabe
zur Förderung des Wohnungsbaues.
Durch die Vorlage sollen die Ausgaben zur Förderung
des Wohnungsbaues erhöht werden. Die Regierung
schlägt vor, die Abgabe von 10 auf 50 Prozent der
Zielsensteuern zu erhöhen.

Ein Antrag Hertel (deutschnational) fordert Ab-
kehrung des Gesetzes und schlägt die An-
nahme einer Entschädigung vor, in der erklärt wird,
dass die Förderung des Wohnungsbaues Sache der
Länder ist.

Abgeordneter Jand (bayerische Volkspartei), be-
richtet über die Ausschussverhandlungen.
Ministerialdirektor Dr. Ritter stellt fest, dass
die Streikfrage die ist, ob die gesamten Mit-
tel zum Bau der neuen Wohnungen von den
Mietern erhoben werden sollen, oder ob ein
Teil der Anleihe beschafft werden sollte.

Abgeordneter Vasilie (deutschnational) be-
handelt dann das Wohnungsproblem als Kultur-
frage und nimmt den Antrag zu, dass abgabefreie
Einkommen auf 25 000 Mark zu erhöhen.

Abgeordneter Silberstein (Soz.) bestrit,
dass durch das Gesetz die Befassung geändert
werde. Das Gesetz bedeutet zweifellos eine Be-
lastung der Mieter. — Daher müsse die Regie-
rung dafür sorgen, dass diese Mittel in der richtigen
Weise verwendet werden. Der Bau von Ledig-
heimen, Gewerkschaftshäusern usw.
müsse gleichfalls unterstützt werden.

Ministerialdirektor Dr. Ritter führt aus, dass
das Reichsbauministerium mit der Gewährung
von Baukostenzuschüssen an Ledigheime einver-
standen sei.

Preussischer Landtag

Berlin, 17. Februar. (Eig. Meld.)

Der preussische Landtag erledigte heute zunächst
die gestern bei Beschlußfähigkeit abgeordnete
Abstimmung über die Anordnungen für
die Beschäftigung weiblicher Ange-
stellter im Gast- und Schankwirtschafts-
gewerbe. Der Antrag und die Entschließung des
Bauausschusses wird angenommen. Der
Antrag Goll (Demokrat), dass die Zimmermädchen
von der Verordnung ausgenommen werden, wird abge-
lehnt.

Es folgt die gemeinsame Beratung der unabhän-
gigen und kommunistischen Anträge zum Eisen-
bahner- und Verkehrsstreik.

Abgeordneter Meier Berlin (Unabh.) befürwortet
den Antrag seiner Freunde und betont die unge-
rechte Entlohnung der Eisenbahnbeamten, die die
natürliche Ursache des Streiks gewesen sei. Desglei-
chen fordert der Redner, dass die Maßregelungen
gegen die streikenden Beamten schleunigst zurückge-
nommen werden müssten.

Abgeordneter Kuhn (Unabhängiger) dankt den
Baugenossen für ihr soziales Arbeiten.

Abgeordneter Knuth (Kommunist) begründet
den Antrag der kommunistischen Partei und führt
aus, dass man die technische Notwendigkeit einsehe
für die Beibehaltung des Streiks ausgeführt hätte.
Weitere 4—5 Millionen Mark dürften noch folgen.

Abgeordneter Krüger (Soz.) (von der Linken
mit dem Ruf: aufpassen! Großer 2. Arbeiterver-
treter): Dauern von den Kommunisten unterbro-
chen, führte Redner u. a. aus, dass das Arbeitszeit-
gesetz bei dem heutigen Stand unserer Gesetzgebung
keinen Streik rechtfertige. Der Redner wendet sich
gegen die Kommunisten und Deutschnationalen und
betont, dass die Regierung nicht mit sich spielen
lassen dürfe. Wer keinen Unterschied zwischen be-
denklichem Betrieb und nicht lebenswichtigem
Betrieb mache, nehme einer wichtigen Gruppe von
Arbeitern das Streikrecht.

Abgeordneter Viant (Zentrum) lehnt das Be-
amtenstreikrecht ab.

Poincaré über die russisch-französischen Verhandlungen

Paris, 7. Februar. (Eig. Meld.)

In der
Kammer hat gestern Poincaré den Schlei-
er etwas gelüftet, der über den französisch-russis-
chen Verhandlungen liegt. Ein Abgeordneter
hat der Regierung gegenüber Vorwürfe gemacht, dass
der Kredit von 6 Millionen Franken, der im
November vorigen Jahres bewilligt
worden ist, immer noch nicht für die Hilfeleistung
an Rußland verwendet worden sei. Poinca-
ré entschuldigte sich damit, dass schon vor seinem
Regierungsantritt das französische Rote Kreuz, das
mit diesem Kredit sich an der russischen Hilfsaktion
beteiligen sollte, bei den Stufen auf Schwierigkeiten
gestoßen sei. Man hätte verlangt, dass das fran-
zösische Rote Kreuz sich zu diesem Zwecke erst an
das internationale Rote Kreuz angeschlossen. Krassin
habe in London erklärt, dass eine Konvention zum
Zwecke der Einführung des französischen Roten Kreuzes
nur in Rußland oder später von ihm in Paris un-
terzeichnet werden könne. So haben die Dinge ge-
legen, als Poincaré das Kabinett übernommen habe.
Im dem Ende zu machen, habe die franzö-
sische Regierung direkte Verhandlungen
mit Tschitscherin eingeleitet, mit dem
samt täglich Besprechungen in der Frage der Gefan-
genen gepflegt würden. Als Vertreter des französi-
schen Roten Kreuzes sei Thibaut nach Berlin
geeilt, um sich mit den Sowjetvertretern zu tre-
fen. Alles, erklärte Poincaré, geschieht zu dem hö-
heren Zwecke der Humanität, ohne dass eine
Anerkennung der Sowjetregierung in sich schließt.
Poincaré gibt also zu, dass direkte Verhandlungen
stattgefunden haben, aber nur über die Frage der
französischen Rote-Kreuz-Aktion, der Bekämpfung der
Hungersnot und die Frage der Gefangenen.

Die italienische Kammerdebatte

ROM, 17. Februar. Nach einer Erklärung
des Ministerpräsidenten Bonomi sprach der De-
mokrat Celardo, der die außenpolitische und innenpo-
litische Tätigkeit der Regierung kritisierte und schließ-
lich erklärte, dass die demokratische Partei
kein Vertrauen zu Bonomi habe. Ein
Abgeordneter der Popolari, begründete sodann, we-
halb keine Partei für das Kabinett Bonomi eintrete.
Er sagte, dass die Popolari angesichts der gegenwär-
tigen Lage eine Krise nicht für opportun halten. Der
Sozialist Satti kritisierte die Tätigkeit des Ka-
binetts und erklärte, die Sozialisten verlangten eine
Regierung, die tatkräftig den Frieden des Inneren
und nach Außen wieder herzustellen bestrebt sei und
die Freiheit für alle schaffen könne. Eine solche Re-
gierung würden die Sozialisten, ohne insofern auf-
zulegen eines Verzicht zu leisten, gegen jeden Ver-
such einer reaktionären Opposition wirksam unter-
stützen. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Notenwechsel zwischen London und Paris

LONDON, 17. Februar. Wie der Daily Tele-
graph meldet, traf die englische Antwort auf die letzte, franzö-
sische Note bereits am Quai de l'Orsay ein. Die Antwort
wollte die französische Regierung erst abwarten, bevor
sie endgültig die Einladung zur Konferenz der Sachver-
ständigen annimmt. Die Zeitung sagt, die britische Re-
gierung habe in der Antwort nachdrücklich ihren bereits
gekennzeichneten Standpunkt vertreten, dass die Mächte,
welche das Programm vorbereiteten, dieselben sein müs-
sten, welche die Konferenz einberufen, und dass es nicht
möglich sei, weitere Mächte oder Mächtegruppen hinzu-
zugliedern.

Autonomie für Ägypten

LONDON, 17. Februar. (Eig. Meld.) Die Be-
ratungen der englischen Regierung haben zu der
Annahme eines großzügigen Autonomie-
vorschlages für Ägypten geführt. In einer
Note, die im englischen Kabinett vorbereitet wird,
soll die neue Grundlage für die Selbstverwaltung
Ägyptens festgelegt und dann nach Kairo übermit-
telt werden.

Eine Kieferplatte in London

LONDON, 17. Februar. Die Maklerfirma Gills
und Co. stellte die Zahlungen ein. Das Geschäft bestand
seit mehr als 150 Jahren. 6 Leiter der Firma (scheiden
aus der Fondsbörse aus. Die Passiven der Firma
belaufen auf ungefähr 2 Millionen Pfund
Sterling.

Verwehener Eisenbahnraub

BERLIN, 17. Februar. Auf dem Bahnhof
Niederschönhausen wurde in einem Güterwagen in einer in Ber-
lin aufgebrachten Kiste ein Mann entdeckt, der sich in
Berlin in die Kiste hatte einschließen lassen, um während
der Fahrt Bahnschienen zu zerlegen.

Jihii als Gutachter der deutsch-polnischen Kommission

Genf, 17. Februar. (Eigene Meldung.)

Der japanische Botschafter Jihii ist auf
Einladung Calonders von Paris nach Genf gereist,
um für die Verhandlungen über Oberschlesien auf
Grund seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Völ-
kerbundsausschusses, der die Entscheidung über Ober-
schlesien gefällt hat, als Gutachter zur Verfügung
der deutsch-polnischen Kommission zu stehen.

Die Kapitalflucht aus Deutschland und Österreich

LONDON, 17. Februar. Im Unterhaus erklärte
der Schatzkanzler Sir Robert Horne in Beantwortung
einer Anfrage, dass die Reparationskommission durch den
Vertrag von Versailles und St. Germain keine Macht be-
sitze, die Abwanderung von Kapital aus Deutschland und
Österreich zu verhindern. Der Umfang, bis zu welchem
es vielleicht wünschenswert und möglich erscheinen werde,
die Ausfuhr des Kapitals aus Deutschland zu kontrollie-
ren, werde zweifellos, zusammenhängend mit dem Ersuchen
der deutschen Regierung um teilweise Erleichterung der
Reparationszahlungen für 1922 erwogen werden. Was
Österreich betreffe, so erwähnte er, dass die österreichische
Regierung selbst versuchen werde, die Kapitalausfuhr einer
verschärfte Kontrolle zu unterwerfen.

Deutschlands neuer Botschafter in Rom

ROM, 17. Februar. (Eig. Meld.) Der neu
ernannte deutsche Botschafter, Freiherr von Neurath,
überreichte heute sein Beglaubigungsschreiben und
wurde vom König zu einer einhalbstündigen Unter-
redung empfangen.

Die Rechte der Kleinen

LONDON, 17. Februar. Reuters meldet aus
Washington: Die Vereinigten Staaten Groß-Britan-
nien, Japan und Frankreich teilten als Unterzeich-
ner des pazifischen Vierzehn-Völkerbündnisses Portugal
und Holland formell mit, dass sie fest entschlossen
sind, die Rechte dieser beiden Nationen
im Stillen Ozean zu achten.

Verminderung der amerikanischen Belaguna

LONDON, 17. Februar. (Eig. Meld.) Wie die
Chicago Tribune meldet, wurde von
Washington aus an den General Allen in Koblenz
der Befehl erteilt, die amerikanischen Belagungs-
truppen um weitere 203 Offiziere und 3000 Mann
zu reduzieren, sodass nur noch 169 Offiziere und
2217 Mann in Deutschland zurückbleiben.

Berlin, 17. Februar. (Eig. Meld.) Ueber den
Land der deutschen Vorarbeiten für
die Konferenz von Genua erfahren wir an
zuständiger Stelle:

Seit geraumer Zeit bilden die technischen Vor-
arbeiten für die Konferenz von Genua den Ge-
genstand eingehender Beratungen
aller Ministerien. Es ist namentlich das
Reichswirtschaftsministerium, dem eine besondere
Rolle in diesen Besprechungen zufällt, im Hinblick
auf die enge Fühlungnahme, die mit den Spitzenver-
einen des Handels, der Industrie und der Wirt-
schaft herzustellen war. Das Reichswirt-
schaftsministerium hat die Wichtigkeit dieses
Vollzugs erkannt und die Verhandlungen
mit den leitenden Fachverbänden
bereits aufgenommen. Das Konfe-
renzprogramm für Genua erweist sich als
umfassender als zunächst übersehen werden
konnte. Dementsprechend haben auch die Beratungen
auf einen Fragenkomplex erstrecken müssen, von
dem Umfang schon allein die Erwähnung der wich-
tigsten Spezialfragen ein Bild gibt: Finanz-
Regelung des Geldumschlags, die Frage der
Kredit- und Emissionsbanken, der Wiederaufbau,
Organisation des Kredites, allgemeine
Handels- und Handelsfragen, Erleichterung und
Förderung der Ein- und Ausfuhr, Schutz des indu-
striellen, literarischen und sonstigen Eigentums, Re-
gelung der Stellung der Ausländer in Bezug auf
Handel, finanzielle Hilfe durch industriellen
Wiederaufbau Europas usw. Ueber alle diese Fra-
gen haben gründliche Beratungen im Aus-
sicht genommen, an denen der
Reichswirtschaftsminister, der Reichsfinanzminister
und die Reichsbank führend beteiligt waren. Bei
Fülle der zur Erörterung stehenden Fragen er-
scheint es sich von selbst, dass die einzelnen Ressorts bis
zum Tage des Konferenzbeginns alle Hände voll zu
tun haben werden, um die technischen Unterlagen für
die deutsche Delegation und deren Programm fertig
stellen. Die Zusammenfassung der deut-
schen Delegation ist entscheidend noch nicht
festgelegt.

Näher Kampf um den Konferenzbeginn

Paris, 17. Februar. (Eig. Meld.) „Deuore“
schreibt: Poincaré sehe heute ein, dass alle
Anstrengungen vergebens seien, eine
Zuschreibung der Konferenz von Genua
zu erreichen. Seit heute sei Poincaré bekannt, dass
italienische Regierung durch Vermittelung ihres
Schatzmeisters in London dem Foreign Office die Ver-
sicherung gegeben habe, dass alle Vorbereitun-
gen zum 8. März abgeschlossen seien.
Lord George bestreite darauf, dass die europäische
Wiederaufbaukonferenz an diesem Tage beginne und
dass Ministerpräsident verleihe sich darauf, auf
telegraphischem und telephonischem und auf dem
wege der Sonderkurrier eine Verschiebung zu errei-
chen. Alle seine Argumente stützen sich auf dem ru-
ssischen Entschluss der Engländer, nichts
zu ändern an dem, was beschlossen ist und dass
Foreign Office und die Consulta wurden in dieser
Beziehung miteinander einig. Das Schicksal des
8. März ist ungewiss und es hängt
von der heutigen politischen Debatte in der Kam-
mer ab. Falls diese Debatte für Bonomi nicht gün-
stig ist, wird man notwendigerweise die Bildung
eines neuen Kabinetts abwarten müssen. Bonomi
wird abwarten in Bezug auf die Konferenz von Ge-
nuo erklärt: Wir haben Europa gegenüber die Ver-
antwortung übernommen. Wir werden zur festgesetzten
Zeit bereit sein. Gestern sagte der englische Unter-
staatssekretär Ramsbotham im Unterhaus, die
englische Festsetzung des Termins der Konferenz
von Genua sei Sache des italienischen Kabinetts.
Man sieht also, so sagt das Blatt, dass die Angele-
genheit entschieden ist. Poincaré mag nun noch so
sehr verstimmt sein, es bleibt nicht anderes
 übrig, als sich zu fügen. Die Sachverständigen
der großen Entente, zu denen trotz der
Entscheidung von Benesch die Sachverständigen der
letzten Entente nicht hinzugezogen worden sind, sind
eingeladen, sich nach London zu begeben und zwar
so rasch als möglich.

LONDON, 17. Februar. Der Ministerprä-
sident der Tschechoslowakei Dr. Benesch hatte ge-
stern eine einstündige Unterredung mit
Lord George, wobei, wie verlautet, hauptsächlich

Lebensziel

O, lasse die Zeiten teilen,
Sorge und Schicksal du!
Du wanderst noch viele Meilen,
Bevor du eingehst zur Ruh.

Zum Leben die eines erwähle:
Stets halte dir rein dein Herz;
Bewahre die Reinheit der Seele
Und treibe mit Gott als Scherz.

T. Handel.

Die Großstadt

Wie sie ein junger Arbeiter gesehen.

(Nachdruck verboten.)

Wenn ich abends einmal länger in meiner Fabrik gearbeitet habe, und mir eine einzige 50-Kerzige durch den langen dunklen Saal schimmert, daß die Maschinen wie Geisterlichter stehen, dann blicke ich mit Vorliebe einmal aus einem nach Norden gerichteten Fenster über den dort liegenden, dämmerigen Stadteil und lausche auf die zu mir heraufschallenden Töne.

Links: Signalmaße, Bögen und Brücken. Von dort schallt das mannsbüchliche Rollen und Stampfen der Eisenbahnräder; aus der Ferne: Dröhnen und Pochen — der Atem der Großindustrie. Schienenstränge blitzen, die Kerben dieses Gebietes aus Eisen, Stahl und Menschenkraft. Gelber Asphalt stehen die Konturen der Schornsteine und Förderer am Nachthimmel; glühender Rauch waldet darüberhin und schwarz liegen die Straßen. Eine eigentümliche Stimmung überkommt mich immer. Die Luft atmet leise vom Leben ungeheurer, durch Menschengeist gebannter Naturkräfte. Alles ringsum, Mensch und Natur, scheint in den Mann einer uralten Idee gezwungen zu sein. Ob diese Idee wohl aufwärts wächst wie drinnen ihre schützenden Wurzeln?

Vor meinem geistigen Auge stehen andere Bilder, empört, Bilder vergangener Zeiten, Bilder aus der Schicksalskammer der Weltgeschichte, und immer sehe ich dasselbe Ringen, dieselben Ideen, den uralten Kampf des Geistes gegen die Materie. Der Kampf ist derselbe, nur die Formen haben sich geändert.

Aus weiter, weiter Ferne hole ich meine Blicke und meine Gedanken zurück zu den Bildern dicht unter meinem Fenster, zum Industrie- und Arbeiterdickicht der Großstadt. Schwarze, gelbe, bunte, mit steifen Gesichtern, Sandfahnen, Pannabänder, halb melancholisch, halb lebenslustig, vom brandenden Strom des Lebens angezogen und wieder abgestoßen, deren ganze Lebensweisheit ist: „Gente rei, morgen ist.“ Dann elende Hütten und mühsame Wohnstätten, in denen die Ausgestoßenen der Gesellschaft und die Wirtschaftssklaven des 20. Jahrhunderts haften. Das Licht der Lampions fällt auf verkommen, ausgemergelte Gestalten und auf stumpfsinnig gleichgültige Blicke. Ein erschauernder Strahl der Einsamkeit, ein verhalten drohender Befehl die anderen.

Berühmte Kinder spielen im Schmutz der Straßenrinne; in ihren Augen der traurige, atlungswillende Blick. Früh verfallene, fast stöhnende Weiblein huschen müde über die Straßen. Dann Bordelle und Delfinen, elegante Halbweibchen, die mit erlauchten Geste ihre Kleider zusammenraffen

vor elenden, verbrauchten Jagdbirnen. Eigentümlich, bis wie weit die „soziale Zerküftung“ doch vordringt. Dann unheimliche, echte Verbrecherhuden, Gestaltlose des Lebens, tief verbitterte „Proleten“.

Eine Fülle von Gestalten und Schicksalen schaut mein Auge. Materielle Not und eine noch viel tiefere, unübersehbare, seelisch-geistige Not. Ich kann den Blick nicht wenden von dieser Reife, dieser vielgeprüften Kultur. Hochaufsteigend steht am Himmel, wie eine schwarze Riesenfahne, der Himmel, der ein Sinnbild des ohnmächtigen Jenseits der „Proleten“, deren Gesang zu mir heraufschallt: „Uns hilft kein höheres Wesen, kein Fürst und kein Erbmacht, aus dem Elend uns erlösen, können nur wir selber tun“, oder klingt nicht viel leicht aus dem etwas zagend-zweifelhafte Gesang die langsam dämmende Ahnung eines furchtbaren Betrogenseins und eines dumpf gefühlten Verlustes, der so unfagbar trostlos ist? Keine Ahnung wohl, manche, daß sie wohl jenes Geschickschicksal treffen wollten, daß unter der Marke der äußeren Gesehens so schamlos schamlos, daß sie aber gleichzeitig die edelsten Güter zertrüben und die einzige Brücke abbrechen, die in eine lichtere Zukunft führt. Bergsteigend tappt man im Dunkeln der Aufklärung, herum, denn man fühlt, daß man unversicherungslos rasend ein Licht ausgeht; hat, das brennt, so hell ins Dasein geleuchtet, daß man jenem geflücht, der einen Frieden geben kann, den Welt und Wissenschaft nicht zu geben vermögen. Aber wer hilft den Suchenden, den Verblühten? Draußen tobt der Kampf ums Dasein, streiten einher Not und Laster, reichen sich die Hand Unglück und Schuld, Verdrängung suchen, alles qualvolle Erbleben um Verlorenes und Unerkennbares niederzulegen mit den „geschützten Refugien der Wissenschaft“, die jeder unansehnliche Väterchen martialisches in die Welt rufen, während das vergebliche, uralte Menschentreiben in der Brust sich aufbaut, kraftlos weiterarmet in der Schmutzflut der Sünde und die Sinne erschauernd fühlen, daß es abwärts geht, das ist das Los so mancher Entertien, die dort wohnen.

Ob die Führer und Verführer der „Masse“, die selbstbewußt-tribol ein neues Zeitalter heraufbringen wollen ohne die Gesetze und ohne die Hilfe des Ewigen, nicht zuweilen ein Grauen befallen? Ob wohl einer von ihnen erkennt, daß man das Paradies hat bauen wollen mit jenem Grundstoff, der immer wieder in der Weltgeschichte Völker und Staaten und ihr Glück gesprungen hat?

Nie, so scheint mir, ist ein gigantischer Versuch gemacht worden, die Feindschaft gegen Christus auf einer so ungeheuer breiten Grundlage zu organisieren, wie heute im Zeitalter der sozialen Umwälzungen. Nie ist ein so drohendes „Ich will nicht dienen“ über die Erde gerufen, und immer fragt man sich, ob nicht das „Wer ist die Gotte“ die Form annehmen muß vom Untergang des Abendlandes. Nicht zwar kraft Spenglerischer Naturgesetze, wohl aber auf Grund jenes unerwünschten Gesetzes, daß auf jedes „Schöpfung“ die Fülle des ewigen „Sohn“, das „Mene, Tekel, Phares“ folgen muß.

Vieles hat Gott bisher ja verziehen, sogar den Fall von den Geboten und den Schlimmeren von seiner Kirche, aber auf den hohnbohen, hochmütigen, sakrilegischen von Gott selbst folgt mit unheimlicher Folgerichtigkeit die Vernichtung, da ja der Ewige selbst, sein Gesetz und seine Ordnung die naturnotwendige Grundlage alles Lebens und alles Gedeihens ist. Ob unsere Zeit wohl eine Ausnahme macht von diesem uralten Gesetz, wenn die Entwicklung in ihren bisherigen Bahnen weitergeht?

Gar verführerisch lockende Klänge sind es, die abends, aus der Dämmerung zu mir hinaufschallen, Melodien, die das Laster komponiert. „Wer ist nicht nach mir?“ Wer durchdringt die Nacht mit mir?“ Als unser Herrgott schuf die Mädchenlein, mußte er wohl nicht ganz bei Troste sein. — So wird der Name Gottes in der frivollen Weise mißbraucht, um den reinen Geist in Begleitung zu setzen zu der niedrigsten Sinnlichkeit. Oder: „Der himmlische Wirt, der alle amü-

siert, hat uns zum Saufen verführt“ — „Eine kleine Freundin hat ein jeder Mann, man braucht sie ja nur dann und wann“ — „Dazwischen gröhlen betrunkenen Stimmen von der leuchtenden Sufanne und rauhe Stimmen fallen ein: „In Hamburg an der Elbe sang Pauli grad daselbe —“. Wehmütig und rührselig dazwischen vom Möselein rot und vom „feins Mägdlein“, das sich hüten soll, vom Leben, das nur ein Traum, und vom traurigen Abschiednehmen: „Des Lebens Wasser rauschen, der Tod streckt darüber her; der Mensch lebt nur einmal und dann nicht mehr.“

Kreisende Weiberstimmen zerstreuen mit greller Diffonanz die wehmütig-weinlich-weltmüde Stimmung: „Dir härt so wohl mit de Fingers uff de Brust jehüpft, stiehlst ja lang verborgen aus — komm Mädelein sei lieb.“

Es ist ein altes Rezept, nach dem dort unten gelebt wird. Immer noch wurde es angewandt, wenn nach großen Katastrophen der Menschheit über Trümmerhaufen taumelte und seinen Glauben an Gott und an sich selbst mehr hatte. Wie sagt doch Heine? „Nicht, fürchte nichts und lebe hier auf Erden deinem Wank; morgen liegen wir im Grabe, wo du stich verbauden kannst.“

Wie ganz anders erscheint mir neben solchen Großstadtbildern eine traditionelle katholische Stadt, wie sie sich bereinigt aus dem Mittelalter herübergerettet haben, wo noch nicht der kalte, harte Zug des Kurz-Erwerbslebens das Gepräge verleiht und jenes wilde Handgemenge, Konkurrenzkampf genannt, noch nicht getobt, wo Heppigkeit, Unbarmherzigkeit und Verkommenheit den alten Ideen noch nicht ihren Wert für die Erneuerung der Welt offen zeigen und noch nicht die kalten und fleckigen Atmosphären der Aufklärung fröstelnd zwischen kleineren Fassaden liegt. Wo die ewigen Sittengesetze noch fast wie zur Zeit der Rüste in der wirtschaftlichen Betätigung gelten, und Kreuze und Heiligenfiguren an den Fassaden und in den Ecken bewachen, daß die metaphysischen Ziele nicht vergessen werden über dem Erwerb, wo Seele und Gemüt noch nicht verroht sind im Kampf ums Dasein und sich Stille und Schamlosigkeit noch nicht getrauen, offen den weltmüden Wanderer zu begleiten, der aus dem Sumpf des Lebens der Großstadt kommt.

Ich werde ein ganz anderer Mensch, wenn ich in eine Stadt komme, in der es noch mehr Kirchen, Klöster und Kapellen und lauschige Winkel gibt, in denen man sich dem Schöpfer näher fühlt und feierlich erhebende Stätten, wohin das Leid und der Arm der Zeit nicht bringen, als stämmig-säulige Wandhäuser, prächtige Kirchen, aufwendige Paläste für den Mühsal und rauchende Schlotreihen, wo man seine blasierten Kabarettmenschen und Ruinen der Botschaft trifft. Ich liebe die Städte, in denen nachvoll auftragende gotische Dome, oder verträumt halbdunkle romantische Kirchen mit ihrem Reichtum an Kunstschätzen dem Besucher kündet, daß das Wahrheits- und Schönheitsglaubende christliche Volk verankert ist in Gott, dem Ursprung der Wahrheit und Schönheit, und wo die Kunst noch ihrem Ursprung gemäß den Menschen verehrt, bereichert, nicht aber, wie die moderne, vielfach zum gekauften Zufall der Geisteswelt wird. Ich liebe vor allem Menschen, die noch in grimmiger Opposition stehen zu jenem Geiste der in mehr denn einer Hinsicht zu Trümmerhaufen irdischen und ewigen Glückes gemacht hat — die Großstadt.

Kleines Feuilleton

Gehimmelte der alten Häuser.

Düftere Geheimnisse und seltsame Romane, die durch Jahrhunderte in tiefer Verborgenheit gehimmelt, werden manchmal beim Abbruch alter Häuser aufgedeckt. Von einigen Vorläufen dieser Art berichtet John Baar in einem Londoner Blatt. In einem Landhaus zu Kent, das kürzlich niedergerissen wurde, entdeckte man im Innern der Treppe einen geheimen Aufwahrungsbüchse für geschmuggelte Waren, der augenscheinlich seit Jahrhunderten unberührt geblieben war. Es fanden sich hier Flaschen mit Alkohol, Pakete mit vermodertem Tee, einige kleine Ballen mit flandrischen Spitzen usw. In einer Ritze des Schornsteins war eine

metallene Tabaksdose verborgen, in der sich Willgen aus dem Jahre 1789 befanden. In einem Londoner Haus, das niedergefallen wurde, entdeckte man ein kleines Geheimzimmer, das 8 Fuß 4 Zoll zu 6 Fuß maß und augenscheinlich aus der Zeit der Königin Elisabeth stammte. Es war unter dem Dach in den Winkel einer Wand an ein Schlafzimmer angebaut. Licht und Luft fanden durch ein winziges Fenster Zutritt, das so verborgen war, daß man es nur von einer bestimmten Stelle des Daches aus sehen konnte. Eine Ritze führte in den Raum, durch den Nahrung herangebracht werden konnte, wenn der eigentliche Zugang verbarriert war. In diesem seit Jahrhunderten nicht mehr betretenen Loch entdeckte man den Hut eines Geistlichen, einen Rosenkranz, ein Gebetbuch, einen Becher und einen Sittler. Auf der Wand waren die folgenden Worte eingeschrieben: „An fünf vielen Stunden ohne Essen und Trinken: fürchte, es ist etwas Schlimmes vorzufallen.“ Einen viel grausigeren Fund machte man, als ein altes Gehäuse in Vorküste in der Nähe von Saragossa niedergefallen wurde. Es ging die Überlieferung, daß dieses einsame Haus im 18. Jahrhundert als Zufluchtsort für Wegelagerer gedient hatte. Man ließ auf ein geheimes Zimmer, das in die dicke Wand eines Raumes eingemauert war. Darin fand man das Skelett eines Mannes, das sich in halb kniender und halb stehender Stellung zeigte. Der Unglückliche, der hier seinen Tod gefunden, war mit Ketten, Ketten und einem Kettenband befestigt. Eine Pistole, die in seinem Gürtel steckend lagte, war auf den Boden gefallen; ebenso hatten die Taschen ihren Inhalt verloren, und zwei goldene Uhren, zwei Ringe und einige Goldmünzen mit der Jahreszahl 1776 lagen herum. Wahrscheinlich hatte der Räuber in seiner verzweifelteren Lage Selbstmord begangen, denn der Schädel war zertrümmert. Eine weniger unheimliche Geschichte gab ein Geheimzimmer preis, das man beim Abbruch eines alten Hauses in Warwickshire fand. Es enthielt eine größere Anzahl von Kinderpietischen, hauptsächlich Puppen, die nach ihrer Kleidung auf die Zeit der Königin Anna von England hindeuteten. Es ist anzunehmen, daß Kinder vor 200 Jahren dieses Kammern als Aufwahrungsort ihrer alten Spielachen benutzten, daß es dann später zugemauert wurde und vergessen war, bis jetzt diese verstaubten und zerbrochenen Zeugnisse alter Kindheit wieder ans Licht traten.

Aus der Werkstatt der Briefmarkensammler.

Das Briefmarkensammeln ist eine Kunst, die so alt ist, wie das Briefmarkensammeln. Aber mit dem gewaltigen Aufschwung, den dieser Sport in dieser Zeit der Hochkultur neuer Marken genommen hat, hat sich auch die Kunst der Briefmarkensammler außerordentlich vermehrt, und man muß jetzt sehr viel mehr wie früher auf der Hut sein. Wenn die gefälschten Marken einen sehr hohen Wert besitzen, dann ist es außerordentlich schwierig, sie zu zerlegen, denn jeder Fälscher und Fälscher beobachtet die größte Vorsicht. Und trotzdem hat selbst die Sammlung der Marken von 1847 vorgekommen, die nur in etwa 10 Exemplaren existiert und deren Wert eine finanzielle Fülle darstellt. Am meisten gefälscht werden die indonesischen Marken; es gibt in Paris und in Montevideo Fälscherwerkstätten, die die früheren Ausgaben der Marken von Paraguan, Peru und Uruguay in großen Mengen neu herstellen. Die gefälschte Art des Fälschens von Briefmarken geschieht auf die Weise, daß eine alte, aber nicht sehr wertvolle Marke in ein chemisches Bad gelegt wird, wodurch Farbe und Zeichnung vollkommen entfernt werden. Die gefälschte Zeichnung wird dann entweder mit Hilfe der Photographie oder mit der Hand auf dem Originalpapier angebracht. Dem Sammler bieten sich bei einer solchen Fälschung die wertigsten Argwohnsmomente. Das Papier ist zweifellos alt, die Verzierungsfarbe echt, und auch an dem Wasserzeichen ist nichts Verdächtigendes zu bemerken. Nur durch sorgfältige Vergleichung der Zeichnung mit derjenigen einer echten Marke kann die Fälschung entdeckt werden. In vielen Fällen erzielt eine durch die Post entworfene Marke einen viel höheren Preis als eine ungenutzte. Das gibt dem Fälscher eine leichte Möglichkeit, den Wert eines Stückes zu erhöhen. Kürzlich wurde eine ungenutzte Marke auf einen alten Briefumschlag, der aus der Zeit der Marke hantierte, geklebt und der Fälschungsfälschung gefälscht. So schien eine Entdeckung unmöglich, aber der Fälscher hatte einen schweren Fehler begangen, er hatte die Adresse mit einer modernen Schreibfeder geschrieben, und diese Tatsache führte einen aufmerksamen Sammler zur Entdeckung der Fälschung.

Die Schwestern

Erzählung von I. Z. Lindner.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Briefe kamen, von seiner Mutter und von dem Freund, der während seiner Abwesenheit die Fabrik beaufsichtigte, das kleine Besitztum, das so mühsam vom Untergang gerettet und mit so heißer Arbeit neugegaltet worden war. Er hatte es Fräulein von Erking wohl zeigen können, trotzdem da nichts für Damengaugen Anziehendes hergestellt wurde, keine feinen Leinenwaren oder schön geschliffenes Kristall wie in der Josephenhütte — nur Lack und Farben und Bohnenmasse. Er fühlte ganz sicher, daß es sie doch interessieren würde. Und dann geriet er ins Träumen und malte sich aus, wie ihm sein würde, wenn er sie in den Arbeits- und Lagerräumen herumführte. So lebhaft war die Vorstellung, daß er ganz laut sagte: „Sehen Sie, gnädiges Fräulein“, und dann halb erschrocken, halb beschämt über sich selbst lachte.

In einem Abend hatte er Glück. Er kam später als gewöhnlich vom Spaziergang heim, sah die Familie in der Veranda sitzen, grüßte und erzählte, wo er gewesen sei. Man kam ins Gespräch, man lud ihn ein, Platz zu nehmen. Vom Wetter und den Kurkonzerten in Warmbrunn ausgehend, kam die Rede auf die verschiedensten Gegenstände, auch auf solche, in denen eines Menschen Lebensauffassung sich verrät. Wäre eröffnet sich in die Welt der Arbeit. Freilich, auch in der Villa Erking war jede Stunde voll ausgefüllt, aber es war doch nicht jene Arbeit, die vom Klang einer Dampfpeise oder Fabrikglocke geregelt wird. Frau von Erking hatte nie mit Fabrikarbeitern zu

tun gehabt. In früheren Jahren, als sie selbst noch bisweilen nach Warmbrunn kam, hatte sie gelegentlich in größeren Trupps aus einer großen Maschinenfabrik heimkehren sehen, mit rauchdunklen Gesichtern, geschwätzten Händen, bröhnenden Schritten und lauten, rauhen Stimmen, die blecherne Kaffeekruke am Arm, mit unfreundlichen Blicken die auf und ab spazierenden Sommergäste musterten; und immer hatte sie den Eindruck einer fremden, fast feindseligen, auf jeden Fall unympathischen Nacht gehabt, der man gern aus dem Wege ging. Und unter solchen Menschen verbrachte Herr Krause den ganzen Tag, soweit er nicht im Kontor zu tun hatte. Schien in dieser rauchgeschwätzten Welt ganz heimisch.

„Ich glaube, der junge Mann ist ein wenig rot“, sagte sie zu Susanne, als Herr Krause in sein Zimmerchen hinaufgestiegen war.

„Weil er von feinen Arbeitern wie von Kameraden spricht, deren Wünsche er achtet und die zu ihm Vertrauen haben, Mütterchen! Nein, je mehr ich darüber nachdenke, desto hübscher finde ich es.“

„Kind, das sind neue Ideen!“

„Ja, aber wo wäre die Welt, wenn es in allen Stücken immer bei den alten Ideen bliebe? Vielleicht war's unecht, daß man uns stets nur die eine Seite der Dinge gezeigt hat“, sagte Susse nachdenklich. Sie war keine Sozialpolitikerin, und ihre Arbeit ließ ihr keine Muße, sich um die umgestaltenden Kräfte der Zeit viel zu kümmern, aber sie hatte das feinste Rechtsgesühl. Das zog sie zu Walter Krause; das war's auch gewesen, was ihr Ruth so fremd gemacht hatte, daß noch heute durch ihre Briefe an die Schwester ein kühler Hauch wehte.

Von diesem Abend an brauchte Walter Krause nicht mehr zu warten und zu spähen; unvermutet und zwanglos ergaben sich die Möglichkeiten, Susse zu sehen und zu sprechen. Aus den paar Minuten am Fenster, an der Gartentür oder bei den Gemüsebeeten wurde eine Viertelstunde und oft noch mehr, denn mit jedem Male schien es, daß man sich mehr zu sagen habe.

Die Frau Baurat Dornack, die das Balkonzimmer bewohnte, hatte längst Bemerkungen gemacht und hielt den Krimstecker immer auf dem Fensterbrett zur Hand. Wenn sie sich zeigte, war ganz sicher, „er“ auch nicht fern. Ganz romantisch, ja; aber ob Frau von Erking sehr entzückt sein würde von der Entwicklung, die die Dinge so offenbar nahmen? Aber Frau von Erking merkte nichts. Herr Krause schien ihr absolut ungefährlich, und Susse bewährte eben nur ihr Talent, mit jeglichem Menschentum freundlich und eingehend schwagen zu können.

Susse war es auch, die die Rechnungen schrieb und die Kasse führte. Und als Walter Krause zum drittenmal seine Wochenrechnung bezahlte, sagte sie: „Jetzt merkt man Ihnen aber die gute Wirkung des Aufenthaltes an. In den letzten Tagen haben Sie sich fabelhaft herausgemacht. Keine Spur mehr von Krankensfarbe.“

Er nickte. „Ich fühl's selbst. Aber es wird auch Zeit. Ich bin jetzt drei Wochen hier, und am Mittwoch muß ich fort.“

„Mittwoch! Und heute war Sonnabend. In vier Tagen würde das kleine Zimmer oben leer stehen, würde niemand mehr im Garten mit aufleuchtenden Augen ihrer warten, würde man nicht mehr am Abend einschlafen mit einer stillen, kleinen Freude auf den nächsten

Morgen. Nein; das ging doch gar nicht. Wie sollte das dann werden? Ein paar Sekunden stand sie wie vor den Kopf geschlagen. „Schade“, sagte sie unbewußt in der tiefen Erschlichkeit ihres Wesens. Er schlang die großen rötlichen Finger ineinander. Ja, sehr, sehr schade. Aber es muß sein“, sagte er in gepreßtem Ton. Sie gab ihm heraus, verreckene sich zweimal und quitierte mit unsicherer Hand. Sie dachte nur immer „Mittwoch“, und heute war Sonnabend.

„Hast du Kopfweh?“ fragte Frau von Erking am nächsten Morgen. „Deine Augen sind trübe.“

Susse lachte gezwungen. „Ich hab' ja keinen Kopf. Wenigstens keinen, der weh tut. Du phantasierst, Mütterchen.“

In Wahrheit hatte sie bis zum Morgen grauen gemacht. Sie war ein Feind aller unklaren Situationen und war noch nie einer Erkenntnis aus dem Wege gegangen. Sie hatte auch heute klaren und festen Blickes das eigene Herz erschört. Zu jedem Menschen kommt das Glück in besonderer Gestalt; sein geistiger mußte sie, welche Gestalt es für sie angenommen hatte, eine, über die Ruth lächelte und die gute Frau von Sohn die Hände über dem Kopf zusammenschlagen würde. Was sie für sich wünschte, war ein guter Kamerad mit tatenlos, unromantisch, mit klarem, nüchternem Blick und warmem Herzen, der immer mußte, was er wollte, und der auch Mittel und Wege finden würde, dem Willen die Tat folgen zu lassen. Einer aus dem Stoff, aus dem das Leben ganze Männer bildet, die dem Kreis, in dem sie wirken, zum Segen reichen, sei er nun groß oder klein.

(Fortsetzung folgt.)

Gleiwitz.

Stadttheater Gleiwitz

Telefon 652 Direktion: Margot Heide Telefon 652.
und Walter Mahdoff.

Sonnabend, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr
Der neueste Operettenschlager
Gastspiel Grete Condé
Die spanische Nachtigall

Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Sonntag, den 19. Februar, vorm. 11 Uhr
1. Gastspiel d. Oberschl. Volksspiele
Morgenaufführung:

1. Das Spiel vom Elendfall. 2. Raim und Abel.
Sonntag, den 19. Februar, nachm. 3 Uhr:
Zum letzten Male
Der neueste Operettenschlager
Gastspiel Grete Condé

Die spanische Nachtigall.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Sonntag, den 19. Februar, abends 6 Uhr
Auf allgemeinem Wunsch! Nochmaliges Gastspiel des
weltberühmten großartigen
Balalaika-Orchesters (25 Künstler)

Familien-Nachrichten

Heute nacht verschied nach längerem
Leiden unser lieber Großvater, Vater, Onkel
und Bruder, der Privatier (2868)

Johannes Weihrauch
im Alter von 79 Jahren.
Dies zeigen tiefbetruert an
Gleiwitz, den 16. Februar 1922

Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Montag, den 20. Febr.,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des
Friedhofes Coselerstraße aus statt.

Am Mittwoch, den 15. d. Mts., starb nach
langem, schwerem Leiden, gestärkt durch den
Empfang der Gnadenmittel unserer heiligen
Kirche, unsere innigstgeliebte, gute Tochter,
Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine,
die Jungfrau (2873)

Florentine Goletz
im blühenden Alter von 19 Jahren.
Dies zeigen schmerz erfüllt an mit der
Bitte, der Verstorbenen im Gebete zu ge-
denken

Schönwald, den 17. Februar 1922
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Johann Goletz und Frau
und Geschwister.

Beerdigung Sonntag, den 19. Febr., nachm.
2 Uhr, vom Trauerhause, Oberdorf, aus.

Am 14. d. Mts. starb unser Belegschafts-
mitglied, Frau (2848)

Karoline Foit
geb. Garzecz
im Alter von 35 Jahren.

Betriebsrat der Preussischen Mühle, Gleiwitz.
Beerdigung findet Sonntag, den 19. Febr.,
nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Ellguth-
Zabrze, Hedwigsstraße, aus statt.

Bei Sterbefällen
empfehle mein reichhaltiges Lager in
Holz- u. Metallsärgen.
Eigene vornehme Leichenwagen.
Erstklassige Aufbahrung und Dekoration.

Bruno Kalaza, Beerdigungs-Anstalt,
Telefon 1358. Gleiwitz, Nikolaistr. 17. Telefon 1358.

Städtische Handelsschule zu Gleiwitz.

Die Aufnahmeprüfung für die neuen Kurse
findet am 3. April, nachm. 2 Uhr in der Mittels-
schule statt. Mündliche und schriftliche An-
meldungen nimmt der Leiter der Schule, Lehrer
Pohl in Gleiwitz, Obertalstraße 31, entgegen.

Das letzte Schulzeugnis ist bei der An-
meldung oder Aufnahmeprüfung vorzulegen.

Gleiwitz, den 15. Februar 1922. (2838)

Der Magistrat.

Nähgarne, Zwirne aus alten
Beständen

ca. 100 = Hofrollen 40/21.20 Mt., 41. R. rein Reinen-
band- und Maschinennähen 2 Mt., gr. Rolle Reinen-
wird 26 Mt., prima Obergarn 26 Mt., Unterwollgarn
18 Mt., 1000 = Rolle, Sternchen 26 = 100 Stück im
Karton 50 und 80 Mt. Weber sonstige Darnier Artikel
verlange man Preisliste. (2758)

Kraut, Elberfeld, Herzenstraße Nr. 42.

Stadttheater Gleiwitz

Sonntag, d. 19. Februar, abends 6 Uhr
Auf allgemeinem Wunsch! (2881)

NOCHMALIGES KONZERT DES
Balalaika-Orchesters

Neues ausgewähltes Programm!

Spiel- u. Sportabteilung des Wartburg-Vereins
Gleiwitz. (2866)

Sonntag, den 19. Februar 1922
im neu renovierten Saale der „Neuen Welt“

Faschings-Ball

Beginn 3 Uhr. Kasseneröffnung um 2 Uhr.
Gute Bekannte und Freunde unseres Wartburg-
Vereins können durch unsere Vereinsbrüder einge-
führt werden.
DER VORSTAND.

„Restaurant Hohenzollern“
Gleiwitz, Coselerstraße 2. (2212)

Sonntag, den 19. Februar 1922:

Großes Tanzfränzchen.
Erstklassige Musik. Anfang nachm. 3 Uhr
Es ladet ergebenst ein Franz Cieliska.

Heut Sonnabend, 18. Februar
Großes

Schwein-Schlachten

9 Uhr morgens Weißfleisch
abends Wurstabendbrat.

Es ladet freundlichst ein (2868)

Franz Czerwinski, Gleiwitz
früh. Kronenbrennerei, Zarnowkerstr. 10.

Gasthaus (3887)

„ZUM GOLDENEN ANKER“
Gleiwitz.

Jeden Sonntagabend

EISBEIN-ESSEN

P. Beldzik, Zabrze, 17.

Natur-Haar-Zöpfe
mit u. ohne Kordel, in großer Auswahl
zu niedrigsten Preisen.

Haarnetze
einfach u. dop-
pelt, sow. sämtl.
Toiletteartikel!

Kaufen Sie
am günstigsten bei:

**Boßmann, Parfümerie- und
Friseurgeschäft,**
Gleiwitz, Wilhelmstr. 51, neben Kodron.
Ankauf von ausgekämmt Frauenhaar zu Höchst-
preisen. Anfertigung sämtlicher Haararbeiten. (2771)

Parteibüro

der
Kath. Volkspartei (Zentrum)
Gleiwitz, Wilhelmstr. 34.

Sprechstunden

am Mittwoch u. Sonnabend 4 bis 6 Uhr
nachmittags.

30000 Meter Hemdenstoff

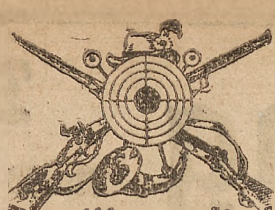
im ganzen oder geteilt zu verkaufen. Preis pro
Meter 25 Mark. Muster liegen bei Einblendung des
Rückports zu Diensten. Lieferung erfolgt nur gegen
Voreinblendung des Betrages. (1856)

E. A. Mauresberger, Bauken, Wend-Graben 3.

**Kaufe laufend:
Roggen und
Weizen**

zu höchsten Tagespreisen.

Suchan, Schloßmühle Makoschau.



**Schützengilde
Gleiwitz**

Es starb anst. Ehren-
mitglied und lieber
Kamerad, der frühere
Badermeister
Oskar Kynast
in Weinböhla.
Das Andenken dieses
braven Kameraden
werden wir stets hoch
in Ehren halten. (2852)

Kinderwagen,

**Promenaden- und
Sportwagen**

In grosser Auswahl
zu billigsten Preisen

H. Guttman,
Gleiwitz,

Beuthenerstraße 14
Magazin für Haus-
u. Küchen-Geräte.
11571

Knöpfe

für die Herren- und
Damen-Schneider in
bekannt

großer Auswahl
bei 11878

N. Badrian

Gleiwitz

Rathborerstraße 4

In das Handelsregister
A Nr. 903 ist heute bei der
Firma Wilhelm Nette,
Gleiwitz, und als deren
Inhaber der Architekt Wil-
helm Nette in Gleiwitz
eingetragen worden.

Amtsgericht Gleiwitz,
den 7. Februar 1922. (2841)

In das Handelsregister
B Nr. 23 ist heute bei der
Oberbühnenbau- und
Gestaltungsgesellschaft mit beschränkter
Haftung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Der Sitz der Ge-
sellschaft ist auf Grund des
Beschlusses der Ge-
sellschafterversammlung vom
27. November 1921 von
Gleiwitz nach Ratowitz
verlegt. Der Geschäftsfüh-
rer Wilhelm Sauerberg ist
abberufen. Die Satzung ist
dahin geändert, daß die
Gesellschaft nunmehr von
zwei Geschäftsführern ge-
meinschaftlich vertreten
wird. In Geschäftsfilialen
sind bestellt der Baumeister
Anton Zimmermann und
der Syndikus Franz Eibon
beide in Ratowitz.

Amtsgericht Gleiwitz, den
7. Februar 1922. (2842)

In das Handelsregister
B Nr. 132 ist heute bei der
Firma „Fühliches Vereins-
haus Gleiwitz, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Gleiwitz“ folgendes einge-
tragen worden: Der Ge-
sellschaftsführer Louis Jacob-
son ist abberufen. An
seiner Stelle ist der Kauf-
mann Friedrich Eibiger
in Gleiwitz zum Geschäfts-
führer bestellt. Amtsgericht
Gleiwitz, den 7. Februar
1922. (2843)

In das Handelsregister
B Nr. 70 ist heute bei der
Industriebau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Gemäß dem schon
durchgeführten Beschluß
der Aktionärversammlung
vom 10. Dezember 1921
ist das Grundkapital um
6000000 Mark Vorzugs-
aktien erhöht und beträgt
jetzt 15000000 Mark. Die
Ausgabe der neuen Vor-
zugsaktien erfolgt zum
Nennwert. (2847)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 9. Februar 1922.

In das Handelsregister
B Nr. 19 ist heute bei der
Oberbühnenbau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Die Gesellschaft ist
durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung vom
30. Januar 1922 aufgelöst.
Zum Liquidator ist der
Redakteur Michael Kwat-
kowski in Gleiwitz bestellt.
Amtsgericht Gleiwitz,
den 8. Februar 1922. (2846)

In das Handelsregister
A Nr. 868 ist heute bei der
Firma S. Jonas, Reine,
Zweigniederlassung in
Gleiwitz eingetragen wor-
den, daß die Zweignieder-
lassung in Gleiwitz auf-
gehoben ist. (2840)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 7. Februar 1922.

In das Handelsregister
B Nr. 100 ist heute bei der
Oberbühnenbau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Die Gesellschaft ist
durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung vom
30. Januar 1922 aufgelöst.
Zum Liquidator ist der
Redakteur Michael Kwat-
kowski in Gleiwitz bestellt.
Amtsgericht Gleiwitz,
den 8. Februar 1922. (2846)

Herrenschneiderei
in reicher Auswahl ein-
getroffen sämtliche
Futter-Stoffe
wie: (2819)

Arnold Schlein,
Hindenburg OS.

Kronprinzenstraße 100.

Schneidermeister, erhalten
bei größerer Abnahme
Ermäßigungs-Preise.

In das Handelsregister
A Nr. 132 ist heute bei der
Firma „Fühliches Vereins-
haus Gleiwitz, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Gleiwitz“ folgendes einge-
tragen worden: Der Ge-
sellschaftsführer Louis Jacob-
son ist abberufen. An
seiner Stelle ist der Kauf-
mann Friedrich Eibiger
in Gleiwitz zum Geschäfts-
führer bestellt. Amtsgericht
Gleiwitz, den 7. Februar
1922. (2843)

In das Handelsregister
B Nr. 70 ist heute bei der
Industriebau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Gemäß dem schon
durchgeführten Beschluß
der Aktionärversammlung
vom 10. Dezember 1921
ist das Grundkapital um
6000000 Mark Vorzugs-
aktien erhöht und beträgt
jetzt 15000000 Mark. Die
Ausgabe der neuen Vor-
zugsaktien erfolgt zum
Nennwert. (2847)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 9. Februar 1922.

In das Handelsregister
B Nr. 19 ist heute bei der
Oberbühnenbau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Die Gesellschaft ist
durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung vom
30. Januar 1922 aufgelöst.
Zum Liquidator ist der
Redakteur Michael Kwat-
kowski in Gleiwitz bestellt.
Amtsgericht Gleiwitz,
den 8. Februar 1922. (2846)

In das Handelsregister
A Nr. 868 ist heute bei der
Firma S. Jonas, Reine,
Zweigniederlassung in
Gleiwitz eingetragen wor-
den, daß die Zweignieder-
lassung in Gleiwitz auf-
gehoben ist. (2840)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 7. Februar 1922.

In das Handelsregister
B Nr. 100 ist heute bei der
Oberbühnenbau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Die Gesellschaft ist
durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung vom
30. Januar 1922 aufgelöst.
Zum Liquidator ist der
Redakteur Michael Kwat-
kowski in Gleiwitz bestellt.
Amtsgericht Gleiwitz,
den 8. Februar 1922. (2846)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 7. Februar 1922.

In das Handelsregister
A Nr. 132 ist heute bei der
Firma „Fühliches Vereins-
haus Gleiwitz, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Gleiwitz“ folgendes einge-
tragen worden: Der Ge-
sellschaftsführer Louis Jacob-
son ist abberufen. An
seiner Stelle ist der Kauf-
mann Friedrich Eibiger
in Gleiwitz zum Geschäfts-
führer bestellt. Amtsgericht
Gleiwitz, den 7. Februar
1922. (2843)

In das Handelsregister
B Nr. 70 ist heute bei der
Industriebau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Gemäß dem schon
durchgeführten Beschluß
der Aktionärversammlung
vom 10. Dezember 1921
ist das Grundkapital um
6000000 Mark Vorzugs-
aktien erhöht und beträgt
jetzt 15000000 Mark. Die
Ausgabe der neuen Vor-
zugsaktien erfolgt zum
Nennwert. (2847)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 9. Februar 1922.

In das Handelsregister
B Nr. 19 ist heute bei der
Oberbühnenbau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Die Gesellschaft ist
durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung vom
30. Januar 1922 aufgelöst.
Zum Liquidator ist der
Redakteur Michael Kwat-
kowski in Gleiwitz bestellt.
Amtsgericht Gleiwitz,
den 8. Februar 1922. (2846)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 7. Februar 1922.

In das Handelsregister
A Nr. 132 ist heute bei der
Firma „Fühliches Vereins-
haus Gleiwitz, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Gleiwitz“ folgendes einge-
tragen worden: Der Ge-
sellschaftsführer Louis Jacob-
son ist abberufen. An
seiner Stelle ist der Kauf-
mann Friedrich Eibiger
in Gleiwitz zum Geschäfts-
führer bestellt. Amtsgericht
Gleiwitz, den 7. Februar
1922. (2843)

In das Handelsregister
B Nr. 70 ist heute bei der
Industriebau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Gemäß dem schon
durchgeführten Beschluß
der Aktionärversammlung
vom 10. Dezember 1921
ist das Grundkapital um
6000000 Mark Vorzugs-
aktien erhöht und beträgt
jetzt 15000000 Mark. Die
Ausgabe der neuen Vor-
zugsaktien erfolgt zum
Nennwert. (2847)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 9. Februar 1922.

In das Handelsregister
B Nr. 19 ist heute bei der
Oberbühnenbau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Die Gesellschaft ist
durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung vom
30. Januar 1922 aufgelöst.
Zum Liquidator ist der
Redakteur Michael Kwat-
kowski in Gleiwitz bestellt.
Amtsgericht Gleiwitz,
den 8. Februar 1922. (2846)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 7. Februar 1922.

In das Handelsregister
A Nr. 132 ist heute bei der
Firma „Fühliches Vereins-
haus Gleiwitz, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Gleiwitz“ folgendes einge-
tragen worden: Der Ge-
sellschaftsführer Louis Jacob-
son ist abberufen. An
seiner Stelle ist der Kauf-
mann Friedrich Eibiger
in Gleiwitz zum Geschäfts-
führer bestellt. Amtsgericht
Gleiwitz, den 7. Februar
1922. (2843)

In das Handelsregister
B Nr. 70 ist heute bei der
Industriebau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Gemäß dem schon
durchgeführten Beschluß
der Aktionärversammlung
vom 10. Dezember 1921
ist das Grundkapital um
6000000 Mark Vorzugs-
aktien erhöht und beträgt
jetzt 15000000 Mark. Die
Ausgabe der neuen Vor-
zugsaktien erfolgt zum
Nennwert. (2847)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 9. Februar 1922.

In das Handelsregister
B Nr. 19 ist heute bei der
Oberbühnenbau- u. Altengese-
llschaft Berlin, Zweig-
niederlassung Gleiwitz fol-
gendes eingetragen wor-
den: Die Gesellschaft ist
durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung vom
30. Januar 1922 aufgelöst.
Zum Liquidator ist der
Redakteur Michael Kwat-
kowski in Gleiwitz bestellt.
Amtsgericht Gleiwitz,
den 8. Februar 1922. (2846)

Amtsgericht Gleiwitz,
den 7. Februar 1922.

Im Stadtteil Gleiwitz, gegenüber dem Fleischmarkt,
Markt belebter Geschäftsstrasse, baue ich

Geschäfts-, Büro- und Wohnhäuser

Baden im Erdgeschoß und 1. Stockwerk
Büro- und Lager-Räume in den Obergeschossen
beziehb. am 1. 10. 22. ohne Genehmigung des Wohns. Amtes.
Jährliche Miete- und Büro-Miete 25- bis 50000,00 Mark, je nach
der erforderlichen Raumgröße.
Eigene Mäntel können noch berücksichtigt werden.
Besichtigungen wollen sich wenden an (2761)

Robert Josefek, Maurer- u. Zimmermeister
Gleiwitz, Büro: Sackstr. 5a, Telefon 521

Edel-Liköre

Spezialitäten:
Curacao • Kurfürsten • Stensdorfer • Allasch
Bei größerem Bedarf erhebliche Preisermäßigung
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Siegfried Berg, Destillation

Dorotheenstr. 7 Hindenburg Dorotheenstr. 7
(52821)

Hindenburg.

Bühnen-Volks-Bund Hindenburg.

Hindenburg, Bibliotheksaal der Donnersmarkthalle
Donnerstag, den 23. Februar 1922,
abends 7 1/2 Uhr

Letztes Konzert von Irma M. Petar

von der Wiener Staatsoper.
Wegen des großen Erfolges zum 2. Male in Oberschlesien.
Arien von Mozart, Donizetti, Lieder von
Schubert, Brahms, Wolf, Mahler, Blech usw.
Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung
von Czech, Kronprinzenstr. Telefon 1173
25.00 Mk., 10.00 Mk. (2802)
Pressesstimmen.
Köln: — ein neuer, heller Stern am Kunsthimmel.
Wien: — eine neue Iphigenie, geht Peter im Steilflug
zur Höhe — die süßeste aller Stimmen.
Hamburg: die Petar ist eine Auserwählte, die
wirklich singen kann — pilgert zu ihr und hört. —

Restaurant Brauerei Müller

Zaborze 3, Brojastr. (S. B.: Alois Kaczmarek.)
Am 18. und 19. Februar 1922

Großes Schweinschlacht- und Bockbierfest.

Ab 9 Uhr morgens frisch, Weißfleisch,
Wellwurk u. Bratwurk, in und außer
Haus. Täglich reichhaltige Speisekarte.
Abonnements in und außer Haus wer-
den zu billigen Preisen angenommen.
Jeden Sonnabend großes Eisbierfest.
Um gütigen Zuspruch bittet
Der Wirt. (52810)

Neu eröffnet! Achtung! Neu eröffnet!

Wiederverkäufer, Händler und Hausierer!

Trotz der täglichen Preiserhöhung bin ich in der
Lage zu äußerst billigen Preisen anzubieten:

**Herrenjoden, Damenstrümpfe, Wolle,
Hosenträger, Zwick, Sattel usw.**
Ganz besonders billig ein Polier (52798)

Toilettenseife.

Jeder Besuch ist lohnend, da ich Kunden von aus-
wärts die Badartikeln vergüte.
Kein Baden, deshalb leistungsfähig!

Georg Schlockoff, Hindenburg OS.
Kronprinzenstraße 96, neben Hotel Kurat.

Parteibüro der Zentrumspartei

Hindenburg, Dorotheenstr. 4
(„Volkstimme“)

Sprechstunden:

Montag u. Donnerstag von 4—6 Uhr
Der Vorstand.

Werbet für unsere Zeitung.

Kein polnisches Liquidationsrecht

Rechtsgutachten

über die Frage, ob dem Polnischen Staate in den Polen zuerkannten Gebietsteilen Oberschlesiens das im Art. 297 der Verträge von Versailles vorgesehene Recht auf Liquidation deutschen Eigentums zusteht

Von holländischem Staatsrat Professor Dr. Struycken, Haag

Die gestern veröffentlichten Betrachtungen finden ihre Bestätigung in der von den A. A. S. am 20. Oktober 1921 in Übereinstimmung mit dem Spruch des Völkerbundesrates auf Grund des Art. 23 des V. V. getroffenen Entscheidung. Diese ist vom Anfang bis zum Schluss von dem Gedanken durchdrungen, daß die Trennung zwischen dem deutschen und polnischen Gebiet O.S. die den Parteien auferlegt, in das ökonomische Leben der gesamten Bevölkerung so wenig wie möglich eingreifen und mit weit möglicher Beschützung der Rechte und Interessen der Minderheit in beiden Gebieten verbunden sein soll.

Echon in der Begründung, die der Völkerbundsrat seinem Spruch beifügt (enthalten in dem *Revue mensuel des travaux de la Société des Nations* vom November 1921) wird dieser Gedanke nachdrücklich und wiederholt ausgesprochen.

Die Art. 23 des Völkerbundesrates sind von den A. A. S. unanheimlich angenommen worden. Man darf also voraussetzen, daß sie im Sinne der vom Räte gegebenen Begründung verstanden und ausgelegt werden müssen. Übrigens wird der gleiche Gedanke in der Note, mit der die Parteien von den A. A. S. übermittelte wurden, noch einmal kurz wie folgt zusammengefaßt:

En raison de la distribution géographique des populations et du mélange des éléments ethniques, toute division de cette région devrait valoir pour conséquences l'obligation de laisser, des deux côtés de la ligne-frontière des minorités assez considérables et de dissoudre des intérêts importants. En ces conditions, la décision prise comporte des mesures destinées à garantir, dans l'intérêt commun, la continuité de la vie économique en Haute-Silésie ainsi que la protection des des minorités.

Die Bedeutung der von den A. A. S. getroffenen Entscheidung, weit davon entfernt, die deutsche Minderheit in den Polen zugehörigen Teilen O.S. in ihren Rechten und Interessen beeinträchtigen zu wollen, zielt also unzweifelhaft auf das Gegenteil davon hin. — Man bedenkt, daß die Grenzlinie nicht in der Weise gezogen wurde, daß an einer Seite nur deutsche, an der anderen Seite nur polnische Bevölkerung herbeiführt und daß sich somit für polnische Bevölkerung eine Reihe von Grundrücken, die auf beiden Seiten zu treffen, damit die Minderheiten auf beiden Seiten so wenig wie möglich unter der Teilung zu leiden haben und die Dauer des Wirtschaftens ganz O.S. so wie möglich verbleibt.

Liquidation deutschen Eigentums in den Polen zugehörigen Gebieten würde mit dieser Absicht in jedem Widerspruch stehen, da sie schärfsten Eingriff in private Rechte der Minderheit und Beeinträchtigung des ökonomischen Lebens des gesamten Gebietes nach sich ziehen würde.

Die besonderen Bestimmungen der Entscheidung der A. A. S.

1. A. S. 1. schließt die Rechte und Pflichten der Eigentümer und Straßenzugänge, soweit sie in Privat- und Kommunalbesitz befinden.

2. A. S. 2. schließt die vorhandenen Wasserleitungen und den gegenwärtigen Betrieb der öffentlichen Elektrizitätswerke. Nach drei Jahren kann der polnische Staat die Zentrale im Besitz käuflich erwerben. Von einseitiger Liquidation ist also keine Rede.

3. A. S. 3. schließt für die Dauer von 15 Jahren die Arbeitsgeber und Arbeitnehmer der Industrie, die in der Abnahmestadt tätig sind, also auch ihre Familien und anderen Besitztümern, ohne die ihre Aufgabe nicht erfüllen könnten.

4. A. S. 4. verpflichtet beide Länder, die Rechte der Art und besonders die Konzeptionen und Privilegien, die vor der Teilung von Privatpersonen oder Gesellschaften oder anderen juristischen Personen erworben worden sind, auf dem ihnen zugeteilten Gebiete anzuerkennen und zu achten.

5. A. S. 5. (reconnaitre et respecter, reconnaitre and respect.)

6. A. S. 6. vollständige Ausschließung von Liquidation

7. A. S. 7. einseitiger Realisierung privaten Eigentums nach dem Staat. Das unter den Rechten jeder Art, die auch private Rechte unbegriffen sind, geht die Identität aus der oben erwähnten Begründung des Völkerbundesrates hervor.

8. A. S. 8. eine Ausnahme ist in der Verfügung enthalten: nach Art. 23 des V. V. soll alles Gut, das Eigentum des deutschen Reiches und der deutschen Staaten, das sich in dem Polen zugehörigen Gebiete befindet, Polen zufallen. Diese Ausnahme bekräftigt noch die Regel, daß alle übrigen alles deutsche Gut seinem bisherigen Eigentümer und sein Anrecht darauf dauernd respektiert werden soll.

9. A. S. 9. überträgt die Entscheidung aller Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der poln. Regierung die sich während eines Zeitraumes von 15 Jahren über eine gefestigte Abgrenzung der beiden Länder ergeben, die den Besitz von Gesellschaften oder industriellen und handwerklichen Betrieben und in unbefristeter Weise die Freiheit dieser Gesellschaften und Unternehmungen in Bezug auf die Nationalität ihres Personals, ihrer Administratoren oder ihrer Kapitalisten beeinträchtigt dem Völkerbundsrat.

10. A. S. 10. wird also der deutschen Bevölkerung und dem deutschen Kapital die Freiheit zugesichert, in den Polen zugehörigen Gebieten am Besitze aller Gesellschaften und aller industrieller und handwerklichen Betrieben und in unbefristeter Weise eine Beteiligung deutscher Elemente an den Einrichtungen durch Liquidation deutschen Eigentums als unzulässig hinstellt.

11. A. S. 11. erkennt allen Deutschen, die in dem in Polen abgetrennten Gebiete wohnen, uneingeschränkt das Recht zu, während 15 Jahren ihren Wohnsitz in Polen zu behalten. Dem polnischen Staate wird hiemit verboten, Deutsche aus politischen Gründen aus seinem Gebiete auszuweisen. Die in Betracht kommenden Deutschen haben also in dieser Hinsicht

Anrecht auf Wohnsitz in einem Umfang, wie ihn Ausländer im allgemeinen nicht besitzen. Ein Recht auf Liquidation ihres Eigentums kann unmittelbar damit verbunden sein.

So Art. 23 des V. V. schon die Liquidation des Vermögens solcher Deutscher ausschließt, die von der französischen Regierung die Erlaubnis erhalten haben, in Elsass-Lothringen wohnen zu bleiben, wäre es unzulässig anzunehmen, daß in Polen deutsches Eigentum liquidiert werden kann, in solchen Gebieten, wo die Eigentümer, wie es hier der Fall ist, ein internationales verbriefenes Recht zum Verbleib in Polen haben.

Wäre man diese verschiedenen Bestimmungen, die mit vielen anderen

den Gesamtheit von Bürgerschaften für das ökonomische Leben O.S.

darstellen, zusammen, dann kann kein Zweifel bestehen, daß die Verfasser der Entscheidung vom 20. Oktober 1921 sich auf den Standpunkt gestellt haben, es ist selbstverständlich, daß ein Liquidationsrecht bezüglich deutschen Eigentums in dem Polen zuerkannten Teile O.S. ausgeschlossen ist.

Was würde aus der Fortdauer des ökonomischen Lebens in O.S. werden, wenn mit der Grenz-trennung Beschlagnahme alles deutschen Eigentums im polnischen Gebiete, Verkauf aller deutschen Besitzungen, Entlassung und Zugrundelegung aller deutschen Unternehmungen auf agrarischen, industriellen, bergwerklichen und kommerziellen Gebiet einsetzte?

Was würde es für einen Zweck haben, die in der Verfassung der Eisenbahnen und Straßenbahnen und Wasserleitungen nach Maßgabe ihrer jeweiligen Konzeption zu schützen, gleichgültig, ob sie Deutschen oder Polen gehören, wenn sie trotzdem liquidiert werden könnten, insofern sie Deutschen gehörende Vermögensobjekte darstellen? Welchen praktischen Wert würde es bedeuten, den gegenwärtigen Betrieb der öffentlichen Elektrizitätswerke, einer deutschen Unternehmung, während drei Jahren aufrecht zu erhalten, wenn Polen trotzdem die gesamten zugehörigen Bauarbeiten und Einrichtungen öffentlich versteigern dürfte? Und weiß nicht gerade die Tatsache, daß Polen das Recht zugestanden wird, die Chorzower Zentrale nach drei Jahren zu kaufen, ausdrücklich darauf hin, daß dieser Gedanke an Liquidation dieses hochsicherlich deutschen Unternehmens bei der Verfassung der Entscheidung fern gelassen hat?

Und wie könnten die beiderseitigen Regierungen während fünfzehn Jahren die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in ihrem Gebiet anerkennen, wenn die polnische Regierung ermächtigt sein sollte, die Aktien und anderen Besitzungen der deutschen Verbände zu liquidieren und damit ihre Fortdauer zu unterbrechen? Und wäre es nicht widersinnig, zu bestimmen, daß die Deutschen in Polnisch-O.S. das Recht haben sollen, sich persönlich und mit ihrem Kapital an allen Gesellschaften und Industrien und handwerklichen Unternehmungen zu beteiligen, und sogar den Völkerbundsrat als höchsten Richter zu ernennen, polnische Gesetze, die dieses Recht auf unbillige Weise verletzen, aufzuheben, wenn die polnische Regierung zugleich die Verwaltung des Gebietes damit einleiten dürfte, daß sie auf dem Wege der Liquidation alles deutsche Kapital, das dann in den Unternehmungen steckt, daraus entfernt? Würde es nicht geradezu eine bittere Ironie sein, allen Deutschen das Recht zu verleihen, ihren Wohnsitz in Polnisch-O.S. 15 Jahre lang beizubehalten, und trotzdem der polnischen Regierung die Berechtigung zu erteilen, sie aus ihrem Besitzum herauszuwerfen, was ihrer ökonomischen Zukunft gleichkommen würde?

Die Liquidation aber bis zum Ablauf dieser 15 Jahre hinauszuziehen, würde nicht allein zu tatsächlichen Unzulänglichkeiten führen, da allein das gegenwärtige Eigentum unter die Liquidation fallen soll, sondern außerdem die deutsche Bevölkerung in eine unerträgliche Lage bringen, andauernd bedroht durch eine jede Arbeitslosigkeit, die Aussicht, daß nach diesem Zeitraum das Gut ihr genommen, ihr Gewerbe vernichtet und die Frucht ihrer Arbeit ihr entzogen werden soll.

Wie läßt sich aber vor allem Art. 2 von 11, der vorsehreibt, daß beide Länder die Rechte jeder Art, und insbesondere die vor dem Zeitpunkt der Verteilung erteilten Konzeptionen und Privilegien in dem ihnen zugehörigen Teile O.S. anerkennen und zu achten haben, wobei als einzige Ausnahme die Bestimmung des Art. 23 des V. V. betreffend die Abtretung von Staatseigentum gemacht wird, anders auffassen als daß man sich auf den Standpunkt stellen muß, daß Liquidation jedes privaten Eigentums im Sinne des V. V. ausgeschlossen ist.

Einen schlimmeren Eingriff in erworbene Rechte kann es nicht geben als den, daß der Staat in dem neu erworbenen Gebiete auf dem Wege der Ausnahmemaßnahme einer bestimmten Gruppe von Interessenten das Recht nimmt, und zwar einzeln und allein deswegen, weil sie Ausländer sind.

Es ist auch verständlich, warum die Entscheidung vom 20. Oktober 1921 Konzeptionen und Privilegien besonders erwähnt. Während im allgemeinen bei der Abtretung von Grundgebiet die Achtung persönlicher Rechte etwas selbstverständliches ist, da das Prinzip der Achtung dieser Rechte in der zivilisierten Welt zum Gemeingut geworden ist, und die Struktur des Privatrechts in den verschiedenen Ländern im allgemeinen dieselbe ist, findet man gelegentlich, daß in oder als Folge von Friedensverträgen die Abtretung von Grundgebieten enthalten, die Konzeptionen und Privilegien im abgetretenen Gebiet, die ganz oder teilweise öffentlichen Rechten sind, und vielfach Verträge mit dem Staate bestehen, besonders Realisierungen unterworfen, ja selbst manchmal ohne Vergütung weggenommen werden. Maßgebende Schriftsteller haben selbst die Ansicht vertreten, daß dergleichen Rechte ipso iure bei Gebietsabtretung verfallen.

Mit Rücksicht hierauf haben die A. A. S. es für nötig erachtet zu bestimmen, daß auch im Besonderen diese Rechte beiderseits anerkannt und geschützt werden müssen, so daß auch Polen hinsichtlich der Deutschen zu eigen gebrachten Konzeptionen und Privilegien dazu verpflichtet ist, selbst wenn sie in das allgemeine polnische Rechts- und Verwaltungssystem weniger passen.

Es ist unmöglich, alle die vorher angeführten Bestimmungen aus der Entscheidung vom 20. Oktober 1921 nur als ebensoviele Ausnahmen auf die Regel zu betrachten. Sie schließen ein Liquidationsrecht nicht allein in der Gesamtheit vollkommen aus, sondern

haben noch viel weitergehende Bedeutung. Die Minderheit ist nicht allein gegen den völkerrechtlich abnormalen Eingriff in das private Recht, den eine Liquidation darstellt, geschützt, sondern es sind ihr außerdem, dem Frieden, der Ruhe und der ökonomischen Wohlfahrt ganz O.S. zuliebe unter dem Schutze des Völkerbundes Bürgschaften in Ansehung der Verhältnisse des Eigentums und des Erwerbslebens gegeben worden, die härter sind als die, welche ein Ausländer irgendwo genießt.

Kassina und Bedeutung der Entscheidung vom 20. Oktober 1921 sind darum einzig in vollständiger Verwerfung einer Liquidation. Nur eine Bestimmung nimmt dabei eine Einschränkung ein, nämlich die im dritten Absätze von 11. Dort wird bestimmt, daß Polen auf die Dauer von 15 Jahren berechtigt wird auf die Verteilung des Art. 23 des V. V. betreffend die Entlassung von industriellen Anlagen Bergwerken oder Bergbauarbeiten außer wenn nach Ansicht der Gemischten Kommission die Entlassung für die Aufrechterhaltung des Betriebes unumgänglich notwendig ist.

Es ist leicht, den juristischen Sprachgebrauch Bestimmung wiederzugeben, als die ungenügende fremdartige Form, in die sie gekleidet ist, zu erklären. Bestimmt wird, daß Polen die Deutschen zu eigen gebrachten, vornehmlich aufgeführten Einrichtungen nur dann enteignen kann, wenn die Gemischte Kommission dies für Aufrechterhaltung des Betriebes für unumgänglich erachtet, also wieder eine Bürgschaft für die Fortdauer des ökonomischen Lebens, falls diese von deutscher Seite gefährdet werden sollte, aber andererseits mit Bürgschaft für die deutschen Interessen gegen Mißbrauch von Seiten Polens.

So paßt die Bestimmung ganz in den Rahmen der vorhergehenden und folgenden Richtlinien. Warum in dieser Bestimmung die Vorschriften des Art. 23 und 297 V. V. die keine Enteignung, sondern Liquidation, behandelt, aufgenommen worden sind, ist nicht ganz klar. Hat man auf diese Weise andeuten wollen, daß die Vorschriften nur anwendbar sind auf deutsche Einrichtungen im Sinne des Art. 297 des V. V., d. h. die beim Inkrafttreten des V. V. oder bei der Abtretung an Polen Deutschen gehörten, mit Ausnahme der im Art. 297 des V. V.

haben noch viel weitergehende Bedeutung.

Die Minderheit ist nicht allein gegen den völkerrechtlich abnormalen Eingriff in das private Recht, den eine Liquidation darstellt, geschützt, sondern es sind ihr außerdem, dem Frieden, der Ruhe und der ökonomischen Wohlfahrt ganz O.S. zuliebe unter dem Schutze des Völkerbundes Bürgschaften in Ansehung der Verhältnisse des Eigentums und des Erwerbslebens gegeben worden, die härter sind als die, welche ein Ausländer irgendwo genießt.

Kassina und Bedeutung der Entscheidung vom 20. Oktober 1921 sind darum einzig in vollständiger Verwerfung einer Liquidation.

Nur eine Bestimmung nimmt dabei eine Einschränkung ein, nämlich die im dritten Absätze von 11. Dort wird bestimmt, daß Polen auf die Dauer von 15 Jahren berechtigt wird auf die Verteilung des Art. 23 des V. V. betreffend die Entlassung von industriellen Anlagen Bergwerken oder Bergbauarbeiten außer wenn nach Ansicht der Gemischten Kommission die Entlassung für die Aufrechterhaltung des Betriebes unumgänglich notwendig ist.

Es ist leicht, den juristischen Sprachgebrauch Bestimmung wiederzugeben, als die ungenügende fremdartige Form, in die sie gekleidet ist, zu erklären.

Bestimmt wird, daß Polen die Deutschen zu eigen gebrachten, vornehmlich aufgeführten Einrichtungen nur dann enteignen kann, wenn die Gemischte Kommission dies für Aufrechterhaltung des Betriebes für unumgänglich erachtet, also wieder eine Bürgschaft für die Fortdauer des ökonomischen Lebens, falls diese von deutscher Seite gefährdet werden sollte, aber andererseits mit Bürgschaft für die deutschen Interessen gegen Mißbrauch von Seiten Polens.

So paßt die Bestimmung ganz in den Rahmen der vorhergehenden und folgenden Richtlinien.

Warum in dieser Bestimmung die Vorschriften des Art. 23 und 297 V. V. die keine Enteignung, sondern Liquidation, behandelt, aufgenommen worden sind, ist nicht ganz klar. Hat man auf diese Weise andeuten wollen, daß die Vorschriften nur anwendbar sind auf deutsche Einrichtungen im Sinne des Art. 297 des V. V., d. h. die beim Inkrafttreten des V. V. oder bei der Abtretung an Polen Deutschen gehörten, mit Ausnahme der im Art. 297 des V. V.

Wasserdebatte im Gleiwitzer Stadtparlament

in Gleiwitz, 17. Februar.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag stand auch zur Beratung die Erhöhung des Wasserpriests. Das war Anlaß zu einer mehr als ausgiebigen Aussprache. Unter plätschernden Redebögen in den Saal hinein, drohten uferlos zu werden und sämtliche andere Vorlagen hinwegzuspuhnen. Man wählte eine Karikatur von Eigendörffels Red: „Wenn Gott will rechte Kunst erweisen“ (dort heißt es: „Die Wässerlein von den Bergen springen“) und von dem schönen Volkslied: „Das Wandern ist des Müllers Lust“ worin es heißt: „vom Wasser haben wir gelernt, das hat nicht Ruh bei Tag und Nacht“, zu hören.

Was zu der Vorlage in sachlicher Hinsicht zu sagen war, berichteten zum größten Teile der Berichterstatter, Stadtverordneter Galinski und Bürgermeister Dr. Geisler. Nach diesen Ausführungen ist eine Verteuerung des Wassers nicht zu vermeiden. Um es gleich vorweg zu sagen, nach dem gestern gefassten Beschluß

kostet ein Kubikmeter Wasser in Gleiwitz für die Privatabnehmer 1,90 M. für die Industrie 2,85 M.

Gleiwitz bezieht sein Wasser aus den Wasserwerken Zaband und Zawada. An dem Wasserwerk Zaband ist die Stadt selbst beteiligt, während Zawada dem Fiskus gehört. Zwischen dem preussischen Fiskus und der Stadt Gleiwitz schwebte seit längerer Zeit ein Streit über die Höhe des zu zahlenden Wassergeldes. Die Parteien riefen ein Schiedsgericht an, um die Streitfrage von diesem entscheiden zu lassen. Dieses Schiedsgericht hat vor kurzem in einem Telegramm der Stadt mitgeteilt, daß laut Schiedsspruch 1,80 Mark pro Kubikmeter an Wasserwerk Zaband zu zahlen seien. Von der Stadt ist verlangt worden, mit Rücksicht auf historische Privilegien eine billigere Befreiung zu erzielen. Nachdem nun das Schiedsgericht den Spruch gefällt hat, bleibt letzten Endes, wie Bürgermeister Dr. Geisler ausführte, nichts anderes übrig als diesen Preis zu zahlen. Wenn die Stadt 1,80 Mark an das Wasserwerk zahlen muß, dann ist mit einem Aufschlag von 10 Pfennigen, wie ihn die Vorlage für Privatabnehmer vorsieht, zur Deckung der Lasten, die der Stadt für die Zuleitung an die einzelnen Abnehmer entstehen, nicht auszukommen. Deswegen sollen von der Industrie 2,85 Mark erhoben werden. Auf diese Weise hofft man die Unterbilanz auszugleichen.

Es sind Berechnungen angestellt worden, ob es nicht möglich sei, durch Entnahme der gesamten Wassermengen aus dem Wasserwerk Zaband billigeres Wasser zu liefern. Bei Zugrundelegung der gleichen Rohlenpreise, Gehälter und Löhne hat sich eine billigere Befreiung aus Zaband nicht errechnen lassen. Man hat feststellen müssen, daß der elektrische Betrieb des Zabander Wasserwerkes teurer arbeitet, als das Wasserwerk Zawada, in dem die Wassermengen durch Dampfkraft gehoben werden. Außerdem ist es ein Nachteil, wenn die Stadt auf ein Wasserwerk allein angewiesen ist. Bei Verfall eines Wasserwerkes würde die Bevölkerung vollständig auf dem Trockenen sitzen, während bei Bezug aus 2 Quellen die Wasserversorgung besser gesichert ist.

Ein Unterschied besteht in der Preisberechnung bzw. Preissteigerung zwischen Zaband und Zawada. Auf Grund eines Vertrages mit der O. G. W., die die elektrische Kraft für Zaband liefert, erhöhen sich die Strom-

3 bezahlten Personen? Oder hat man damit sagen wollen, daß die im Art. 23 Abs. 4 bezeichneten Bürgschaften auch hinsichtlich dieser Enteignungen Anwendung zu finden haben? Dann könnte die Enteignung von der polnischen Regierung außerhalb ihrer allgemeinen Befreiung vorgenommen werden, aber die Befreiung würden dagegen die im Art. 23 Abs. 4 sub 2 aufgeführten Rechtsmittel haben, falls die Verhältnisse auf unbillige Weise zu niedrigen ausfallen sollte.

Es ist schwer sich hierüber mit Sicherheit auszusprechen. Möglich ist auch, daß die Kassina die zufällige Folge einer verkehrten Auffassung über Polens Rechte ist, was der Aufmerksamkeit der Verfasser entging und bei gemeinschaftlicher Verfassung eines Textes nach Vorbereitung durch Sachverständige nicht ausgetauscht ist.

Somit steht fest, daß aus der wenig glücklichen und unklaren Kassina des Abs. 3 von 11 keine Folgerung auf Polens Liquidationsrecht gezogen werden kann, das schmerzliche gegen die deutschen Worte und den unauflösbaren Sinn des Ganzen läuft, in dem er vornehmlich ein allgemeines Liquidationsrecht Polens für die Gegenwart oder ein unbefristetes Liquidationsrecht hinsichtlich industrieller Anlagen, Bergwerke oder Bergbauarbeiten nach 15 Jahren daraus abzuleiten, würde sinnlos sein bei der Gesamtheit der Bürgschaften, die die Entscheidung vom 20. Oktober 1921 für die deutschen Rechte in dem Polen zugehörigen Teile O.S. dem Frieden und ökonomischen Leben ganz O.S. zuliebe errichtet hat.

Als Zusammenfassung muß das Folgende festgestellt werden:

1. Der Vertrag von Versailles schließt Polen nicht das Liquidationsrecht zu, hinsichtlich des deutschen Eigentums in dem Polen auf Grund der Volksabstimmung zuzumehrenden Teile O.S.

2. Der Beschluß der A. A. S. vom 20. Oktober 1921 ist auf diesem Gedanken aufzubauen und verstärkt ihn in vielen Hinsichten durch weitere Garantien für die privaten Rechte der Minderheiten in beiden Teilen O.S.

Sollte es sich bei den Verhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten herausstellen, daß auch nur der geringste Zweifel an der Richtigkeit der Behauptung, daß Polen das Liquidationsrecht nicht besitzt, besteht, dann erhebt sich die unabwiesbare Forderung, daß in dem zu treffenden Abkommen, das die Aufgabe hat, die in der Entscheidung der A. A. S. niedergelegten allgemeinen Richtlinien in einzelnen zu präzisieren, jeder Zweifel darüber behoben werde. Es ist doch klar, daß, wenn trotz des „Wommens die Möglichkeit einer sofortigen oder späteren Liquidation bestehen bleiben sollte, dann diese Tatsachen schon genügen würden, die Zwecke, die die Entscheidung der A. A. S. anstrebt, nämlich die Fortdauer des Wirtschaftens sicher zu stellen und die Bevölkerung rechtlich und sozial so wenig wie möglich unter der Trennung leiden zu lassen zu vereiteln.

Gleichzeitig wird es dann wünschenswert sein, daß der Bestimmung des Abs. 3 von 11 eine so präzise Kassina gegeben werde, daß diesbezüglich jede Zweideutigkeit schwindet.

kosten automatisch bei Steigerungen der Kohlenpreise. Nach dieser Skala richtete sich auch die Steigerung des Wasserpriests im Zabander Wasserwerk. Somit sind besondere Beschlüsse der Stadtverordneten nicht mehr nötig. Anders liegen die Dinge in Zawada. Dort besteht eine solche Steigerungsskala nicht. Dadurch ist gewissermaßen eine zu große Spannung seit der letzten Festsetzung des Wasserpriests zwischen den Gesteitungskosten von damals und jetzt entstanden. So ist es erklärlich, daß nun auf einmal eine so verhältnismäßig große Steigerung vorgenommen werden muß.

Nach den hier inhaltlich zum größten Teil wiedergegebenen Darlegungen des Bürgermeisters Dr. Geisler setzte die Debatte ein: Man redete munter drauf los; zur Sache und zum Fenster hinaus.

Stadtverordneter Bednarski (R. B. P.) hielt die Vorlage nicht für genügend begründet und wünschte eine Prüfung, ob nicht durch bessere Ausgestaltung der Zabander Leitung von Zaband aus die Versorgung der Stadt billiger zu bewerkstelligen sei. Stadtverordneter Dyga (R. B. P.) äußerte sein Bestreben darüber, daß die Vorsehung von erforderlichen Spezialartikeln und die Ausführung der Arbeiten bis jetzt immer an auswärtige Firmen vergeben worden sei, obwohl nach seiner Ansicht die Ausführung dieser Arbeiten und die Herstellung der Artikel auch in Gleiwitz in Auftrag gegeben und geliefert werden können. Stadtverordneter Jajka (V. G. P.) lehnte die Vorlage ab und beantragte einen Wasserpriest für Privatabnehmer nach dem alten Satz und für die Industrie 3,50 Mark. Es sei unmöglich, daß die erwerbstätige Bevölkerung die Kosten für das teure Wasser aufbringen könnte. Stadtverordneter Stalinski (Pole) war ungefähr der gleichen Ansicht.

Dann sprach Dr. Styczynski (Pole) sehr instruktiv und mit gut überlegter Taktik. Er demonstrierte mit Beispielen, daß bei einem Wasserpriest von 1,90 Mark pro Kubikmeter die in einem Haushalt benötigte Wassermenge im Verhältnis zu anderen Gebrauchs- und Genusmitteln nicht gar so hoch sei. 1 Liter Wasser koste neunzehn Hunderstel Pfennige, während ein Liter Bier, das auch nicht viel anders als Wasser und zu dem nicht so gesund wie Wasser sei, viel, viel teurer sei. Die Taktik, wie Dr. Styczynski etwa noch kommende Agitationsreden derer die für die Wähler sprechen — im Jargon sagt man — abwürgte, war nicht unüblich. „Höhere Löhne müßt Ihr fordern, damit Eure Frauen das notwendige Wasser kaufen können! Wasser muß jeder Mensch haben! Da müssen eben andere Mittel und Wege — wie schon gesagt Lohnforderungen — gefunden werden“ rief er in radikaler Tonart nach links. Man konnte sichtlich merken, daß diese Art Beweisführung an gewünschter Stelle in etwa verblüffend wirkte. Das war unsere Auffassung.

Die Debatte endete mit dem Antrag Bednarski auf namentliche Abstimmung. Ergebnis: 12 nein, 23 ja. Somit war der Magistratsantrag genehmigt. Mit einer gewissen schadenfrohen Genugtuung sah ein Teil der Stadtverordneten, daß die Absicht der Vorlage nicht aufging. Die Namen der Abstimmenden in der Zeitung zu veröffentlichen, flüchtete Stadtvorordneter Behr (Kommunist) den Antrag, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung im Gemeindeblatt zu veröffentlichen. Stadtverordneter Galinski stellte den Gegenantrag. Er änderte jedoch seine Ansicht, als bemerkt wurde, es hätte den Anschein, als ob die Beschlüsse der Magistratsvorlage die Öffentlichkeit fürchten. Wenn die

Sache so aufgefaßt würde, stelle er ebenfalls den Antrag auf Veröffentlichung im Gemeindefestblatt. Demgemäß wurde beschlossen.

Trotzdem bemerkte ein Stadtverordneter das Gemeindefestblatt lese ja doch kein Mensch. — Also doch Ausschluß der Öffentlichkeit. — Die Debatte im allgemeinen war zeitweise auch interessant, obwohl sehr viel hätte möglich sein können. Es herrschte mitunter ein lauter, aber herzlicher Ton (!) und man brauchte es nicht als ernst gemeint aufzufassen, wenn z. B. Stadtd. Pawlik in einer Randbemerkung dem Stv. Bednora schlagende Beweise seiner Wohlgenommenheit anbot. Worte und Taten sind sehr verschiedene Dinge. Nicht nur in diesem Falle.

Aus Oberschlesien

Ein Finanzgericht beim Landesfinanzamt in Oppeln

Dem Landesfinanzamt Oppeln wird ein Finanzgericht angegliedert. Bei diesem Finanzgericht werden 4 Kammern errichtet, deren Sitz in Oppeln ist. Die Gesamtzahl der für das Finanzgericht zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter beträgt 48. Wahlberechtigt sind der gemeinschaftliche Provinzialausschuß der Provinz Ober- und Niederschlesien, die Handels- und Handwerkskammer in Oppeln, die Landwirtschaftskammer für Schlesien und die Bezirksarbeiterräte. Es entfallen auf den Provinzialausschuß 24 Mitglieder, auf die Handelskammer in Oppeln 9, auf die Handwerkskammer 3, auf die Landwirtschaftskammer 6 und auf die Bezirksarbeiterräte 6 Mitglieder. Die auf die Bezirksarbeiterräte entfallende Zahl von Mitgliedern und Vertretern wird vorläufig von dem Provinzialausschuß aus dem Stande der Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsrätegesetzes gewählt. Die erste Wahlperiode dauert vom 1. April dieses Jahres bis 31. März nächsten Jahres. Die Wahlen sind bis zum 10. März 1922 vorzunehmen.

:(Lohnverhandlungen im Bau- und Holzgewerbe.) Bei den letzten Lohnverhandlungen sind zwischen den am Tarifvertrag beteiligten Verbänden und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe die Löhne der Bauarbeiter neu geregelt worden. Demnach betragen vom 1. Februar ab die Stundenlöhne: Für Maurer, Zimmerer und Zementfahrgewerksarbeiter 14,50 M., Zementarbeiter 14,00 M., Bauhilfsarbeiter geübte (über 19 Jahre) 13,30 M., Bauhilfsarbeiter ungeübte, Plazarbeiter und Tiefbauarbeiter (über 19 Jahre) 11,70 M., Junggefellern im ersten Gesellenjahr 12,00 M., Junggefellern im zweiten Gesellenjahr 13,40 M. Die gleiche Zulage von 20 Prozent gilt auch für die Kreuze Kreuzburg und Rosenberg, jedoch in den genannten Kreisen der Stundenlohn für Gesellen ab 1. 2. 22 9,60 M. beträgt. Arbeiter erhalten auf die bestehenden Löhne 20 Prozent zu. — Zwischen dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter und dem Deutschen Holzarbeiterverband einerseits und dem Arbeitgeberverband für das Deutsche Holzgewerbe, Bezirk Oberschlesien, andererseits fanden am Donnerstag in Rödinghütte Lohnverhandlungen für das Holzgewerbe im Industriegebiet statt. Auf die Löhne der Tischler kommt ab 6. Februar ein Zuschlag von 2,50 M pro Stunde.

:(Verteilung des ober-schlesischen Eisenbahnmateri- als.) Wie von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, hat sich die Eisenbahnkommission in Oberschlesien hinsichtlich der Verteilung des Fuhrparkes folgendermaßen geeinigt: an Polen fallen 430 Lokomotiven, 654 Personenvagen und 2400 Gütermwagen. Bei Deutschland verbleiben 630 Lokomotiven, 1021 Personenvagen und 2045 Gütermwagen. Deutschland soll außerdem die Verpflichtung übernehmen haben, alle Wagen und Maschinen in gebrauchsfähigem Zustande abzuliefern und während eines Jahres alle Reparaturen am abgelieferten Eisenbahnmateriale auszuführen, da die Reparaturverhältnisse sich zum größten Teil in dem bei Deutschland verbleibenden Gebiet Oberschlesiens befinden. Im Falle einer Anforderung von polnischer Seite wird Deutschland ferner 900 offene Gütermwagen während zweier Jahre täglich zur Verfügung der polnischen Eisenbahnverwaltung stellen.

:(Zur Aufwärtsbewegung der ober-schlesischen Montanwerte) schreibt die „Frakt. Ztg.“: „Die Bewegung hat einen Umfang und Formen angenommen, daß der Hinweis angebracht erscheint, daß bis zum Augenblick das endgültige Ergebnis der zurzeit wohl schwebenden Platzierungsverhandlungen mit dem Auslande noch nicht zu übersehen ist. Die Tatsache, daß man an der Londoner Börse Werte einer ober-schlesischen Gesellschaft zu handeln versucht, braucht wohl nicht in dem Sinne gedeutet zu werden, daß es sich unmittelbar um die Aktien einer der führenden ober-schlesischen Gesellschaften selbst handelt. Wahrscheinlich ist, daß dabei Werte einer in Bildung begriffenen Organisation gemeint waren, einer Art Solid-Compagny, die mehrere erfähliche Majoritäten von ober-schlesischen Gesellschaften in sich aufnehmen würde. Der Sündenbewegung nach könnte man schließen, daß dazu nicht mehr nur die in der Hand der Charlottenhütte befindlichen Pakete von Bismarckhütte und Kattowikern in Betracht kommen, sondern daß außerdem über die sogenannte Weinmannsche Mehrheit in der Lausitz verhandelt wird. Angaben über die englischen Kontingenten und über die in Betracht kommenden Preise sind nicht zuverlässig genug, um wiedergegeben zu werden. Es besteht sogar an der Börse der Eindruck, daß gleichzeitig mehrere Seiten sich für die gleichen Unternehmungen oder für andere interessieren, so daß also eine Reihe von Verhandlungen, sei es in London, sei es in Paris, parallel laufen. Soweit britische Interessenten in Betracht kommen, deutete man ihre Absicht hier dahin, daß sie durch Sicherung des deutschen Personals in einzelnen ober-schlesischen Gesellschaften deren gesunde Fortentwicklung auch unter dem polnischen Regime sicherstellen möchten und daß daneben die ober-schlesische Industrie durch ihre Nachbarschaft zu Rußland für die industrielle Belieferung dieses großen Zukunftsgebietes als ein begehrenswertes Objekt erscheine. Am Hohenlohe- markt behauptete man, daß die angesprochenen Verhandlungen mehr nach Paris gravitieren, während man hinsichtlich der „G. Oberberg“, von der vor einiger Zeit ein 10-prozentiges Paket nach England ging, nicht ganz sicher ist, ob französische oder englische Interessen in Frage kommen würden. Vor ganz kurzer Zeit war jedenfalls in Oberberg-Areien von einer Fühlungnahme

Gleiwitzer Stadtverordneter-Beschlüsse

— Gleiwitz, den 17. Februar 1922.

Am Donnerstag tagte die Stadtverordnetenversammlung. Es wurden Beschlüsse in nachstehenden Angelegenheiten gefaßt: Bezirkspräsidenten für den 17. und 19. Stadtbezirk (ungerade Nummern der Kloster- und Raudenerstr., Niederdingstr., Volkstheaterstr., Freundstr., Richtersdorferstr. und Wasserturm) wird Frau Apotheker Dlugosch.

Die Wahl von 4 städtischen Beamten (2 Hausbesitzer und 2 Mieter) — zu Beisitzern des Mietseignungsamts wurde vertagt. Es sollen zuerst die Hausbesitzer- und Mieterorganisationen gehört werden. Notwendig ist diese Zunahme deshalb geworden, weil, wie in der Sitzung berichtet wurde, die Sitzungen des Mietseignungsamtes infolge Nichterscheinens der Beisitzer nicht rechtzeitig stattfinden können. Bei Ausbleiben der anderen Beisitzer sollen dann diese Beamtenbeisitzer eintreten.

In die Besoldungskommission wurde Stadtverordneter Balkowiak gewählt.

Die Jahresrechnung 1914, sowie das Ortsbudget ist von der zuständigen Kommission geprüft worden. Die Entlastung wurde erteilt. Da im laufenden Jahre auch die Jahresrechnungen für 1915-16-17 voraussichtlich noch zu prüfen sein werden, beauftragte die Versammlung die bestehende Kommission mit dieser Arbeit.

Das Gehalt des Krankenhauschefs Dr. Hufschmidt beträgt nach der beschlossenen Erhöhung 24 000,— Mark jährlich, bislang waren es 16 000 Mark.

Neuordnung haben die Schlachthofgebühren

erfahren. Nach der Magistratsvorlage sind zu zahlen: Bei Schlachtung eines Pferdes 75 Mark, eines Kindes bis 100 Kilogramm 55 Mark, über 100 Kilogramm 75 Mark, eines Schweines bis 75 Pfund 50 Mark, Kleinvieh 20 Mark. Für Nacht des alten Kühlhauses sind 300 Mark, des neuen Kühlhauses 500 Mark und für Waggengebühr 50 Mark zu zahlen. Diese Sätze genehmigte die Versammlung nach Ergänzung durch einen Antrag Jurekha (R.F.P.), demzufolge eine einheitliche Berechnung nach Kilogramm oder Pfund, nicht aber nach Kilogramm und Pfund bei den einzelnen Viehsorten festgesetzt werden soll.

Gleiwitz gehört dem Zentralverein für deutsche Binnen-schiffahrt als körperschaftliches Mitglied an. Der Jahresbeitrag der körperschaftlichen Mitglieder ist von 150 auf 500 Mk. erhöht worden.

400 Mark wurden für die Abhaltung eines Zeichenkurses für Möbel- und Bauhilfsarbeiter der Handwerkskammer bewilligt. Die Niedererschlagung eines Restbetrages von 1000 Mark der Buchdruckerei Hill für die Herstellung des Gemeindeblattes fand Genehmigung.

Von den Stadtverordneten Beck, Kösling, Melzer und Siekierke, war der Antrag eingebracht worden,

daß in allen Deputationen und Kommissionen, welche dem Magistrat zur Verwaltung städtischer Betriebe zur Seite stehen, je ein Mitglied des betreffenden Betriebsrates Sitz und Stimme haben sollen.

Im Vorberathungsausschuß hatten die Beratungen ergeben, daß diese Zugeständung der Betriebsräte nicht ohne weiteres zulässig sei. Man würde sich damit in Widerspruch zur Städteordnung setzen. Nach der Städteordnung müssen die Mitglieder der verschiedenen Kommissionen von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden. Es ist nicht möglich von vornherein bestimmte Personen zu bezeichnen. Deshalb beantragte der Berichtstatter, Stadtverordneter Beck, der Magistrat solle eine Vorlage einreichen, die den Weg zeigt, wie man je ein Betriebsratsmitglied der jeweiligen Betriebsräte zu den einzelnen Kommissionen zuziehen kann ohne mit der Städteordnung in Widerspruch zu geraten. Dieser Antrag wurde nach ausgiebiger Debatte angenommen.

mit dem Auslande noch nicht die Rede. Jedenfalls müssen die deutschen Kleinrentner der ober-schlesischen Werte abwarten, ob ihnen in ähnlicher Weise die Lebensnahme ihrer Objekte gesichert wird, wie es die Besitzer der großen Pakete für sich, vielleicht erreichen werden. Darüber und auch über die Hauptgesetze selber scheitern aber noch weitere Verhandlungen nötig zu sein.

Kreis Gleiwitz

:(Meisterprüfung.) Am 15. Februar 1922 haben die Sattler Herr Leo Kurek aus Rybnik und Herr Leo Smielanna aus Ober-Lasik vor der zuständigen Meisterprüfungskommission ihre Meisterprüfung mit dem Praktikum „Gut“ bestanden.

:(Mariaszweig der Armen Schulschwester, Oberwallstraße.) Die Aufnahmeprüfung findet Mittwoch, den 15. März nachmittags 3 Uhr statt. Schreibmaterial ist mitzubringen. Für Mittwoch, den 22. März nachmittags 4 Uhr werden die jungen Damen, die sich für die Frauenschule gemeldet haben, zu einer Besprechung geladen.

:(Verein kathol. Jünglinge Gleiwitz-Petersdorf.) Am Sonntag, den 19. Februar feiert der Verein im Saale des Herrn Röder sein 20. Stiftungsfest. Frisch Kirchengang mit Fahne. Auftreten aller Vereinsmitglieder um dreiviertel 8 Uhr im Vereinslokal. Nachmittags 3 Uhr Theater. Zur Aufzählung gelangt das Theaterstück „Matthias Klostermeyer“, dramatisches Volksstück in 5 Akten.

:(Dtsch. Mar. Jungfrauen-Congreg. Allerheiligen.) Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3,30 Uhr wichtige Versammlung mit Vortrag im Waisenhaus-Saal. Anschließend Gesangsübungen.

:(Wochenplanplan des Stadttheaters.) Sonabend, den 18. Februar, abends 8,30 Uhr, „Die spanische Nachtigall“, Operette in 3 Akten von Leo Fall. Sonntag, den 19. Februar, vormittags 11 Uhr, Morgenaufführung 1. Gastspiel der Oberschlesischen Volksspiele 1. „Das Spiel vom Sündenfall. 2. „Raim und Abel“, nachmittags 3 Uhr zum letzten Male. „Die spanische Nachtigall“, Operette in 3 Akten von Leo Fall, abends 8 Uhr: Auf allgemeinen Wunsch nachmaliges Konzert des weltberühmten Balalaika-Orchesters. Montag, den 20. Februar, abends 8,30 Uhr, 2. Gastspiel der Oberschlesischen Volksspiele „Sans Sack-Spiel“. Dienstag, den 21. Februar, abends 8,30 Uhr, Volksoperstimmung (Freie M. 2.— bis 8.—) „Der letzte Balzer“, Operette in 3 Akten von Strauß. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8,30 Uhr zum 1. Male Die große Novität „Das Hollenweibchen“ Operette in 3 Akten von Kallman. Donnerstag, den 23. Februar, abends 8,30 Uhr. Zum letzten Male! „Armut“, Trauerspiel in 5 Akten von Wildgans. Freitag, den 24. Februar

Angenommen wurde auch der Antrag Dzien-dzial, demzufolge die Stadtverordnetenversammlung die städtischen Betriebe auffordern soll, die betreffenden Mitglieder namhaft zu machen, welche den Kommissionen angehören sollen. Der Antrag fußt auf der Annahme, daß die Stadtverordnetenversammlung berechtigt sei, Betriebsräte in die Kommissionen aufzunehmen. (Anmerkung der Redaktion. Die beiden Anträge widersprechen sich. Wenn die Begründung des 2. Antrages richtig ist, dann hätte man nicht beschließen brauchen, daß der Magistrat eine Vorlage einbringen soll, die erst den Weg zeigen soll, wie man je ein Betriebsratsmitglied des jeweiligen Betriebsrats zu den Kommissionen zuziehen könne, ohne mit der Städteordnung in Widerspruch zu kommen.)

Die Gewährung des Landesdarlehens 2400 000 Mark für die Siedelung des Bauvereins Lokomotiv-Hauptverhältnisse ist davon abhängig gemacht worden, daß die Stadt das Pflichtdrittel der Ueberteuerungs-zuschüsse leistet. Der Bauverein hat den Vorschlag gemacht, die Stadt solle ihr Pflichtdrittel durch die Erlassung der Straßenanliegerbeiträge (etwa 247 000 Mark) durch Uebnahme der Begabung der Wasserrohre (rund 300 000 Mark) und durch den Verkauf des Geländes zum billigen Preise von 2,50 Mark pro Quadratmeter zahlen. Der Vorschlag wurde genehmigt. Ebenso die Kosten der Hauptrohre für den Anschluß der bereits hergestellten Wohnhäuser des Bauvereins der Lokomotivverfakt an die Wasserleitung in Höhe von rund 70 000 Mark.

Mit einer ähnlichen Angelegenheit befaßten sich drei Dringlichkeitsanträge.

Der Bauverein Nord, die Heimstätten-gesellschaft Süd und Bauhilfsverein Rygol haben Anträge auf Zahlung des pflichtmäßigen Drittels der Ueberteuerungs-zuschüsse gefordert. Es sind rund 321 000, 117 000 und 65 000 Mark. Die Vorlage wurde genehmigt.

An die Gemeinde Preiswitz sind für 1920 2000 Mark Betriebszuschuß zu zahlen, weil die Gemeinde Preiswitz Schullasten etc. für Einwohner zu tragen hat die zwar in Preiswitz wohnen, aber in Gleiwitz beschäftigt sind. Nach Angaben der Gemeinde Preiswitz sind es 56 Personen. Bei Nachprüfung hat der Gleiwitzer Magistrat nur 35 feststellen können. Die Summe wird gezahlt.

Es war beabsichtigt ein

Erfolungsheim für unterernährte Kinder

und Zungenüberkante durch Ankauf eines geeigneten Hauses in Langendorf bezw. Schieritz zu schaffen. Die nähere Prüfung dieser Frage hat ergeben, daß die Stadt allein die hierzu erforderlichen Geldmittel nicht aufbringen kann. Man will mit der Industrie, den Krankenhäusern und anderen hierfür in Frage kommenden Organisationen in Verbindung treten, um die Durchführung dieses Planes zu betreiben. In die hierfür bestimmte Kommission wählte die Versammlung die Stadtverordn. Brzezynka, Dr. Schlesinger, Frau Lomah, Melzer, Schneider und Dr. Stępczyński.

Für Miete und Heizung des Theaters wurden an die Verwaltung des Viktoria-Etablissements 40 000 Mark bewilligt. Praktisch bedeutet diese Bewilligung eine buchmäßige Regenerarbeit, weil die Summe aus einer städtischen Kasse in die andere überdrückt wird. Bei diesem Punkt übte Stadtverordneter Dzien-dzial unter Zustimmung der Versammlung scharfe Kritik an den Zuständen im Stadttheater.

Zum Schluß der Versammlung verlas der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Prof. Crull ein Schreiben der Flüchtlingsfürsorgestelle des Roten Kreuzes an den Magistrat. Darin wird Beschwerde gegen die mangelhafte Unterbringung der Flüchtlinge geführt. Vom Magistrat ist in dieser Angelegenheit ein Bescheidetelegramm an die Regierung in Berlin über das Verlangen der Flüchtlingszentrale in Breslau abgegangen. In Berlin haben deswegen mit Minister Köster Besprechungen stattgefunden. Es ist eine Antwort auf die Beschwerde zugesagt worden, die voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche eintreffen soll.

Anschließend geheime Sitzung.

abends 8,30 Uhr 3. Gastspiel der Oberschlesischen Volksspiele. Sonabend, den 25. Februar, Unbestimmt. Sonntag, den 26. Februar, nur nachmittags 4 Uhr „Faust“ (1. Teil).

:(Betrug.) Das Gericht verurteilte den Schlosser Blachetta, weil er in seiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied der Eisenindustrie in einem Fragebogen zur Feststellung der ausgefallenen Löhne während der Putschzeit falsche Angaben gemacht hat, zu 2000 Mark Geldstrafe. Des weiteren verurteilte das Schöffengericht den Vorarbeiter Kamek, weil er seinen Betriebsleiter aus dessen Wohnung 2000 Mark gestohlen hat, zu 8 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte war fünfmal vorher verurteilt.

:(Wucher.) Auf dem letzten Wochenmarkt verkaufte ein Händlerin aus Smolnik Butter zum Preise von 60 Mark pro Pfund. Sie wurde angezeigt.

:(Eine Schwindlerin) bot sich verschiedentlich zum Federschleifen an und verkaufte daraufhin die Federn. Sie heißt Katharina Dylube.

:(Hochzeit, Schlägerei und Tod beieinander.) In dem Hause Vöschstraße Nr. 12 wurde eine Hochzeit mit Schlägerei gefeiert. Während Hochzeitsfeier und Keilerei auf dem Höhepunkt angelangt waren, rang eine alte Frau mit dem Tode und starb.

:(Um 45 000 polnische Mark bestohlen) wurde ein Chauffeur von der Bergwerksstraße.

:(Schönwald, 16. Februar. (Katholischer Arbeiterverein.) Das Jahr 1921 war ebenso wie 1918, ein schweres Schicksalsjahr auch für den hiesigen katholischen Arbeiterverein. Der Vereinsstatistiker ward von den Injuranten zwei mal verhaftet, und das gesamte Vereinsinventar beschlagnahmt. Besteres wurde, da nichts beanstandet werden konnte, wieder freigegeben. Nur vier Sitzungen konnten abgehalten werden, in denen am 6. März der Präses über den „Hl. Joseph“, Arbeitersekretär Knappik-Königshütte am 10. April über die „Oberschlesische und trübsame Frage“, und am 27. November über das Thema „Warum schwindet immer mehr die Religion?“ Vorträge hielten. An Einnahmen wurde erzielt: 1884,20 Mk. Es zahlten 50 Mitglieder vierteljährlich je 6,50 Mk., drei je 3,45 Mk., sieben je 3,50 Mk., elf je 3,40 Mk., dreizehn je 3,30 Mk., vier je 3,25 Mk., drei je 2,80 Mk., 10 Witwen je 1,20 Mk. Die letzten Quartals-einnahmen — von 101 Mitgliedern — betrugen 473,55 Mk. 32 Mitglieder sind mit ihren Beiträgen noch im Rückstande. Ausgegeben wurden an die Verbandskasse in Berlin 1183 Mark, an die Sterbegeldern in 6 Fällen 600 Mark. Bei einem Todesfalle (Thomas Kampe) zahlte der Verein als Beihilfe zur Trauermusik 24 Mark, für

sonstige Zwecke 20 Mark. Als Notopfer wurden gespendet für den Verband 100 Mark. Mitbin betrug die Gesamtausgabe 2027 Mark. Infolgedessen schloß das Geschäftsjahr mit einem Minus von 142,80 Mk. ab. Der Kassenbestand von 1920 betrug 517,38 Mk. Es bleibt also immerhin ein Vermögen von 374,58 Mk. — Zu erwähnen wäre noch die Spende eines außerordentlichen Notopfers. Dazu sind eingegangen: vom Präses und Vereinsstatistiker je 100 Mark, vom Vizepräses 20 Mk., vom Betriebsarbeiter Joseph Fichte und Schneidermeister Johann Chuboda je 5 Mark, vom Sattlermeister Heinrich Cypke 6,60 Mark. Gestorben sind im verfloßenen Vereinsjahr: Schneidermeister Thomas Kampe, Pianeur Karl Matkisch, Schuhmachermeister Emanuel Bodanitz, Zimmermann Johann Fichte, ferner die Mitgliedsfrau Josepha Niesporke und Wirtin Marianna Lafonagay. — Der Verein zählt gegenwärtig 133 Mitglieder. Wenn der Verein so manche Mitglieder verloren, so liegt das zunächst daran, daß die Vertrauensmänner nicht immer der Pflicht getan haben. Dagegen hat in seinem Bezirk Vertrauensmann, Landwirt und Zimmermann Polifke, der seit Gründung des Vereins seines Amtes eifrig waltet, trotz des Umsturzes nicht nur seine Mitglieder verloren, sondern sogar neue gewonnen. Auch eine Anzahl anderer Vertrauensmänner haben gut gearbeitet. Leider ist in einzelnen Bezirken, in denen der Vertrauensmann das „Vertrauen“ nicht rechtfertigte, in Mitgliederzahl zurückgegangen. In manchen sogar ganz erloschen, selbst einschließend des geachteten tüchtigen Vertrauensmannes, der im gegnerischen Lager sein Heil suchte. — Am 19. d. Mts. — Sonntag Exagefima — nahm um einhalb 3 Uhr begehrt der Verein sein 19. Stiftungsfest durch eine theatrale Aufführung im Jakob-Koltsche-Saal. Der Reinertrag soll dem Fonds zur Anschaffung neuer Kirchenglocken zufließen. Der Eintrittspreis beträgt für einen Sitzplatz 10 Mark, für einen Stehplatz 5 Mark. Freunde und Gönner der katholischen Arbeiterfrage werden hiermit schon jetzt zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

:(Schönwald, 16. Februar. (Für die Zwecke des Caritasverbandes) veranstaltete der Kirchenchor und M.C.B. unter Leitung des Chorrektors Wilhelm einen bescheidenen Niederabend, der durch zahlreiche Anreden des Vorsitzenden (Lehrer Gumbale) und Ehrenvorsitzenden (Erzpriester Flakha) eingeleitet wurde. 3000 Mark konnten der Oberin des St.-Vinzenz und hiesigen Ortsarmen überreicht werden.

:(Schönwald, 12. Februar. (Bei der Wohltätigkeitsvorstellung), welche Sonntag, den 19. des Monats nachmittags um 1/3 Uhr, anlässlich seines 19. Stiftungsfestes, der hiesige katholische Arbeiterverein zu Gunsten des Glockenfonds veranstaltete, gelangen folgende Theaterstücke zur Aufführung, die im Verlag von Leonhard Klein in Werdorn erschienen sind: 1. Das Gnadenbild im Wald oder St. Joseph unter Schutzpatron, Ritterkavalier in drei Aufzügen von W. Kaiser, ungarischer von J. Wocenter; 2. „Wie du mir, so ich dir“, Lustspiel in zwei Akten von Joseph Beck. Der Besuch der Vorstellung wird unter besonderem Hinweis auf den wohltätigen Zweck hiermit nochmals angelegentlich empfohlen.

:(Petersdorf, 17. Februar. (Wilderer), die bei Wild in Falkäpfen, Schlingen, Netzen einsingen und auch mit dem Gewehr auf Jagd gingen, wurden genommen.

:(Knurow, 16. Februar. (Richtigstellung.)) Expedient Pochaba schreibt aus Cassel: „Die „Kau-Bolzzeitung“ Rybnik vom 21. v. Mts. Nr. 15, befaßt sich unter Knurow mit meiner Verurteilung, schimpft mich Exhilarationen und bringt wider besseres Wissen die Mär, daß ich Cassel bereits wieder verlassen und meinen Rückzug nach Oberschlesien angetreten hätte. Wenn ich die genannte Zeitung nicht kennen würde, würde ich dort die Berichtigung nachfolgend beantragen, daß nach der höhererorts erfolgten Entscheidung mein Verbleiben in Cassel auf weiteres bezw. für immer, gesichert sei. — Von aus Weßfalen nach Rybnik zugezogenen, sich als Polen betreuenden Redakteuren und abtrünnigen Beamten darf man bekanntlich Wahrheitsliebe nicht mehr erwarten und ich bin froh, hier eine edlere Menschenrasse gefunden zu haben. Herzliches Glück auf allen anderen Knurowern.“

:(Skroppo, 16. Februar. (Der landwirtschaftliche Lokalberein) hielt am letzten Sonntag im Kinszels-Saal seine Monatsitzung ab. Ein Vortrag stand an der Tagesordnung. Daher war auch der Besuch sehr gut. Direktor Tische von der Landwirtschaftlichen Schule in Gnadenfeld sprach sehr verständlich über Kunstbäume, deren Preise und Anbau. Vor allem empfahl er auch das Kalten der Felder, da hierdurch der Boden chemisch, physikalisch und biologisch verbessert wird. Unseren ober-schlesischen Wäldern tut kaltes Kalten besonders gut. — Die erhaltenen Winke und Ratsschlässe wollen wir Landwirte beherzigen und gern befolgen.

:(Skroppo, 17. Februar. (Eine geheime Epidemusbrenner) wurde ausgehoben.

Kreis Hindenburg

Verlegung der Beamtenkassette 3

Da bekanntlich die Guldgrube und Delbrückschächte bei Deutschland verbleiben, wird demnach, wie bereits kurz gemeldet, die Uebereinstellung der Inspektion von Bielefeld nach Hindenburg erfolgen. Man beabsichtigt den größten Teil der Beamten im alten Verwaltungsgelände der Berginspektion 2 zu borgen, das nach Fertigstellung des neuen Gebäudes zu Arbeiterwohnungen und Warenlager hergerichtet wurde, unterzubringen. Der übrige Teil der Beamtenkassette sollen Räume auf der Guldgrube und den Delbrückschächten angewiesen werden. Für Beamtenwohnungen zweck ist die neue Siedlung an der Putschstraße zu Zaborze in Aussicht genommen. Da durch die vorläufige Grenzfestsetzung Beamtenhäuser der Delbrückschächte auf dem polnisch werdenden Teil zu liegen kommen, ist geplant, die ehemaligen Russenbaracken bei Makoschau als Wohnungen für Beamte umzubauen. Es sollen im ganzen etwa 100 Beamten und Angestellte der Berginspektion 1 (Königs-hütte), 3 (Bielefeld) und 4 (Knurow) nach hier verlegt werden. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt gestaltet sich dadurch noch kritischer.

:(Seinen 75. Geburtstag) begeht heute in der körperlicher und geistiger Frische Kaufmann Anton Rohner in Hindenburg (Bahnhofstraße). Sein hiesiger Glückwunsch!

:(Der Haus- und Grundbesitzerverein Hindenburg) hält Sonntag nachmittags 2 Uhr in Hotel seine Monatsversammlung ab.

:(Berein erwerbstätiger Frauen und Mädchen.) Die Gruppe der erwerbstätigen Handwerkerinnen hat Montag abend 1/8 Uhr Monatsitzung im Vereinslokal (Urbanstraße).

:(Christlicher Metallarbeiterverband.) Montag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung im Kasino der Donnersbachhütte (Bismarckzimmer).

:(Katholischer Frauenbund.) Der Erlös des letzten Wohltätigkeitsfestes (13.700 Mark) kam wie folgt zur Verteilung. Je 1000 Mark für arme Kommunionkinder in Hindenburg-Nord bzw. Süd, 2000 Mark für Zivilwitwen, 2000 Mark als Fonds für die Denkmaleistung des Vereinsgründers Hrn. Rosenberger, 1000 Mark für das Waisenstift in Hindenburg-Nord, 1000 Mark für das Waisenstift in Hindenburg-Süd, 700 bzw. 500 Mark zur Förderung der Bestrebungen der Jugend- und Hausfrauenabteilung des kath. Frauenbundes, 100 Mark für arme Diakonikerinnen, 1000 Mark für das abgebrannte Ursulinenkloster in Wartha, 500 Mark zur Unterstützung der Redemptoristen in Gleiwitz, 3000 Mark für die hungernden Russenkindern, z. B. St. Emling des Herrn Fürstbischof Dr. Verarm.

:(Vorstellung beim Bücherbestellen.) Vor kurzem kam ein Reisender einer Berliner Verlagsbuchhandlung auch auf hiesige Grubenanlagen und wußte einige Arbeiter zur Bestellung eines Buches (Heilmethode mit Abbildungen) zu überreden. Meist lebten die Arbeiter in dem Glauben, es handle sich um die Anschaffung eines einzelnen Buches zum Preise von 7,50 Mark. Erst später wurden sie gewahrt, daß sie einen Bestellchein unterschrieben hatten, durch den sie sich zur Abnahme des ganzen Werkes und somit zur Zahlung von 320 Mark verpflichtet hatten.

:(Einbruch in die Kassenräume der Gasanstalt.) In der Nacht zum 16. d. Mts. wurden aus den Kassenräumen des Gaswerks 40.000 Mark mit Geldscheine und Geldstücke gestohlen. Die Kasse wurde und die Leertafel wurde am nächsten Tage auf der Friedhofstraße gefunden.

:(Festnahme von Einbrechern.) Beamten der 2. Hundertschaft ist es gelungen, einige der Täter festzunehmen, die in der Nacht zum 16. d. Mts. den Versuch machten, ein Auto aus der Garage von Schirokauer (Kronprinzenstraße) zu stehlen.

:(Wer ist die Fremde?) Am 19. April 1919 ist hier eine unbekannte obdachlose Frauensperson aufgegriffen worden, die ansehend taubstumm und nicht in der Lage ist, ihren Namen und ihre Wohnung anzugeben. Sie mußte deshalb in das Frauenheim der Gemeinde Hindenburg aufgenommen werden. Zweckmäßige Angaben sind an den Gemeinde-Vorstand zu richten.

:(Rada, 17. Februar.) (Die angekündigte Mehl- und Brotpreiserhöhung) tritt von Montag, den 20. Februar d. Js. ein. Es müssen von diesem Tage ab Kaufleute und Bäcker Mehl und Brot zu folgenden Preisen verkaufen: 1 Pfund Roggenmehl 3,80 M., 1 Pfund Weizenmehl 4.— M., ein 750 Gramm schweres Brot 5,25 M., ein 1850 Gramm schweres Brot 13.— M., eine 80 Gramm schwere Semmel 80 Pfennige.

Kreis Beuthen

:(Räuberischer Überfall.) Mittwoch abend 7 Uhr, wurde in dem Hause Gräpnerstraße Nr. 12, einem Lederkaufmann auf der Treppe von zwei Männern eine Brieftasche mit 500 Mark und eine silberne Taschenuhr geraubt.

Kreis Königschütte

:(Frau Hedwig Dransfeld in Königschütte.) Auf eine Einladung des katholischen Frauenbundes Ortsgruppe Königschütte, wird die Bundesvorsitzende des katholischen Frauenbundes Deutschlands, Frau Reichstagsabgeordnete Hedwig Dransfeld, am Sonntag, 19. d. nachmittags 3 Uhr in der Oberen Kapelle Petruskirche sprechen. Alle Mitglieder des Frauenbundes und der Jugendabteilung der angeschlossenen Vereine sind dazu herzlich eingeladen.

:(Wasserrohrbrüche.) In der letzten Zeit entkamen schwere Wasserrohrbrüche auf der Beuthener- und Kronprinzenstraße. Einige Stadtteile sind dadurch bereits 14 Tage ohne Wasser. Manches Haus ist auch durch das Ausströmen des Wassers unter Wasser gesetzt. Man ist daran, das Uebel zu beseitigen. Doch werden die Reparaturen von dem ankaltenden Frost stark beeinflusst.

:(Kellerbrand.) Gestern morgen 4.30 Uhr entbrannte im Hause Gindstraße 21 ein Kellerbrand, welcher von den Einwohnern des Hauses gelöscht wurde.

:(Wäschebetrug.) Am 16. Februar sind vom Boden des Hauses Bismarckstraße 30 ein Gebett Bettend und Wäsche gestohlen, vom Wäscheboden hing 18 Wäsche für mehrere hundert Mark gestohlen worden.

:(Todesfall.) Rektor a. D. Ernst Eisner, welcher über 40 Jahre an hiesigen Schulen tätig war, ist in seiner Heimat Groß-Petersdorf, Kreis Leobisch, gestorben.

:(Festnahme.) Gestern nachmittags wurde eine Person wegen Widerstand und Gefangenenbefreiung festgenommen. Einer der vorgestern aus dem Strafgefängnis entlassenen Strafgefangenen wurde gestern eingeliefert.

Kreis Rattowik

:(Heimatabend an der Oberschule zu Rattowik.) Am 8. Februar fand ein Heimatabend statt. Der Gefangene Herr Henkel, führte durch den Schülerchor eine Reihe von Heimat- und Wanderliedern vor, darunter zwei Lieder von Eichendorff und die schöne Volksweise „Glück auf“. Die Gesänge bildeten den Rahmen für den Lichtbildvortrag, den Herr Eichenreich, Studienrat an der Anstalt und Geschäftsführer des Landvolksbundes für Naturdenkmalpflege in Oberschlesien über die ober-schlesische Landschaft hielt. Neben dem industriellen Teil, der auch keiner Reize nicht entbehren, sei Ober-schlesien das Land der anmutigen Höhen, weiten Täler und waldreichen Wälder, und es ohne sich, in diesem von Eichendorff bezeugten Lande zu wandern. Die Lichtbilder führten in bunter Folge vor: 1.) Landschaftliche Bilder: den Annaberg, den sagenumwobenen Großenberg bei Wohlitz, das Dramat, längs dem in alten Zeiten ein starker Verkehr ging; 2.) geologische Denkmäler: die Auswülfungen des ehemaligen Vulkan des Annaberges, einzelne nordische Findlinge, z. B. den Schiffsstein in Sobow; 3.) Wälder: den durch den Bergbau gefährdeten Beuthener Stadtwald mit seinen prächtigen Buchen und seltenen Blumen, das Naturschutzgebiet des Segethswaldes, den Moornwald von Döbberitz-Panewitz mit seinen Eichenwäldern; 4.) den für die Bäume; 5.) Tieraufnahmen von zwei bedeutenden Tierphotographen, Eitel und Stephens; 6.) menschliche Bauten: von Holzhäusern besonders einige

Stadtverordnetenversammlung in Tarnowitz

:(Tarnowitz, 17. Februar.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Rektor Dziallas ein Schreiben vom Oberschlesischen Zweidörferverband für Leibesübungen zur Kenntnis, dem in der nächsten Sitzung näher getreten werden soll, ein Besuch der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen um Erhöhung des Tagelohns und ein Schreiben der polnischen Fraktion, in dem schärfster

Protest gegen die Wahl des Stadtrats Michaj aus Myslowitz zum Bürgermeister von Tarnowitz zum Ausdruck gebracht wurde.

Außerdem hatte der Magistrat 3 Dringlichkeitsanträge eingebracht, die Gas-, Wasser- und Stromerhöhung verlangen. Die Versammlung lehnte die Dringlichkeit dieser Anträge ab. Nun wurde zur Erledigung der eigentlichen Tagesordnung geschritten.

Dem Leiter der Knabenhandwerkerschule, Lehrer Scholz, wird das Stundenhonorar für Erteilung des Handwerkunterrichts von 7,50 M. auf 10.— M. erhöht, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1921.

Mit Rücksicht auf die Geldentwertung hat die Freiwillige Feuerwehr beschlossen, die Sterbegeldversicherung für die 30 Feuerwehrmitglieder von 500 M. auf je 800 M. ab 1. Januar 1922 zu erhöhen. Der Mehrbetrag belastet den Kammerkassenetat mit 216.— M. Die Versammlung gab hierzu ihre Zustimmung.

Die Entschädigung der Schuldienerin Auguste Bonanatz für Vereinnahmung und Bezeichnung von 16 Räumen der städtischen höheren Mädchenschule wurde im Hinblick auf die enorme Teuerung auf 3000 M. erhöht.

Die Schleifische Montangesellschaft hatte bisher ein etwa 8000 Quadratmeter großes Gelände aus dem Hiltzgrundstück gepachtet, das durch Verkauf an Baumeister Korsch jetzt nur noch 6000 Quadratmeter ausmacht. Für den Quadratmeter sollen nun an 50 Pfg. gezahlt werden. Die Versammlung nahm den neuen Vertrag nach dem Magistratsantrag und den vom Vorberatungsausschuss gemachten Vorschlägen an.

Die Jahresentschädigung für ambulante Krankenpflege durch die Barmherzigen Schwestern betrug im Jahre 1921 jährlich 450 M. Der Magistrat hatte dieselbe auf 1200 M. erhöht. Die Versammlung bewilligte 2400 M. pro Jahr.

Eine lange Aussprache hatte der

Verkauf von Gelände aus dem ehemaligen Hiltzgrundstück

an den Brauereigroßhändler Jakob Hirschmann zur Folge. Es handelt sich hier um das Gelände zwischen Gleis und den städtischen Häusern von 20 Meter Frontbreite und ein Stück aus dem Hinterlande von 68 Meter Breite und 100 Meter Tiefe, zusammen 8040 Quadratmeter. Hirschmann wollte für das vordere Grundstück pro Quadratmeter 8 M. für das Hinterland pro Quadratmeter 4 M. zahlen. Die Vorlage wurde dem Magistrat zu weiterer Verhandlung zurückgegeben.

Im Stadtbezirk Tarnowitz soll eine Musikinstrumentensteuer eingeführt werden. Die Versammlung beschloß für technisch betriebene Flügel eine Jahressteuer von 200.— M., für Grammophone eine solche von 80.— M. zu erheben.

Dem bisherigen Kammerer Tobollit wurde unter gleichzeitiger Einreichung in Gehaltsgruppe 9 der Charakter als „Kassenoberinspektor“ verliehen.

Dem Kassenboten Zuber wurde auf sein Gehalt betreffs Beihilfe zur Bekleidung von Arzt- und Arzneikosten eine außerordentliche Beihilfe von 300 M. bewilligt.

Apothekenbesitzer Panofsky ist von Tarnowitz verzogen und hat sein Amt als Mitglied der Gesundheitskommission niedergelegt. An seine Stelle wurde sein Nachfolger, Apothekenbesitzer Soltz gewählt.

Die Jahresrechnungen der städtischen Kassen für das Etatsjahr 1917 und das Orts-lagerbuch lagen zur Prüfung vor. Die Abrechnung war geprüft worden. Die Versammlung erteilte nach dem Magistratsantrage Entlastung.

Von der Berechnung der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge der städtischen Pensionäre infolge Erhöhung der Grundgehälter pp. vom 1. Oktober 1921 ab nahm die Versammlung Kenntnis und bewilligte den Mehrbetrag von 38.388.— M. Die Gesamtbezüge erreichen jetzt eine Höhe von 171.000 M.

Die Anstellung des Maschinenführers Kiole im städtischen Schlachthof vom 1. Januar 1922 ab gab Veranlassung zu einer regen Aussprache. Schließlich erklärte sich die Versammlung damit einverstanden.

Bezüglich Unterbringung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal

sowie der im Rathaus vorhandenen Bilder von Fürsten und sonstigen hervorragenden Persönlichkeiten beschloß die Versammlung, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal und das große Kaiserbild aus dem Rathaus einer deutschen Stadt zu überweisen. Die Altertümsbilder Stiche pp. aus dem Magistrats-sitzungszimmer, die historischen Wert haben, sollen dem Museum in Gleiwitz überwiesen werden. Ueber die Unterbringung der anderen Bilder wird dem Magistrat freies Verfügungsrecht gelassen.

Bezüglich der Angelegenheit betreffend die Vereinigung des Gutsbezirks Carlshof mit der Stadtgemeinde Tarnowitz

teilte der Verhandlungsleiter mit, daß nach einer dem Magistrat zugegangenen Mitteilung seitens des Vorstehenden des Kreisaußschusses sich der nächste Kreisrat mit der Angelegenheit befassen werde. Der Kreisrat werde sodann dem Bezirksauschuss die Eingabe des Gutsbezirks Carlshof zur Stadt Tarnowitz empfehlen.

Das Einkommen des Elektromonteurs Kubit wurde von der Versammlung dem Magistratsantrag gemäß auf 1600 M. pro Monat, das des Schlachthofkassierers Golla auf monatlich 1000 M. festgelegt.

Der Bezirksauschuss hat entschieden, daß dem Buchhalter Rudolf Sanfte 16.270.— M. als rückständiges Gehalt zu zahlen sind. Der Magistrat hat sich hierüber beschwerend an den Provinzialrat gewandt. Die Versammlung beschloß, daß dem Sanfte das Gehalt gezahlt werden soll, falls der Provinzialrat die Beschwerde zurückweist.

Auf der Tagesordnung stehen noch 10 Punkte. Stadtv. Wenzl beantragte Vertagung, der die Versammlung zustimmte. Die Sitzung wurde daher nach 3stündiger Dauer geschlossen. Fortsetzung der Verhandlung Dienstag, nachmittags 5 Uhr.

Forderungen der Hausbesitzer von Königschütte

Königschütte, den 17. Februar.

Die gestrige Verammlung des Haus- und Grundbesitzervereins im Schlachthofrestaurant verhandelte über die Erhöhung der Mietszuschläge, des Wassergeldes, den Steuerfreibetrag und die vorkommenden Rohrbrüche u. a.

Der Vorsitzende Theinert widmete den verstorbenen Mitgliedern Zöbner und Rektor a. D. Eisner einen Nachruf. Dem bisherigen verdienstvollen ersten Vorsitzenden Rudarz wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Rektor Schulz gab Bericht über die Hausbesitzer-Verammlung in Gleiwitz. Die in Gleiwitz erhobene Forderung auf eine 200 prozentig Erhöhung der Mietszuschläge sei eine gerechte Forderung, wenn man bedenkt, daß der Wohnungsbauverein der Kommunen und die Stadtbehörden ihre Mieten ganz erheblich erhöhen. So zahlen z. B. die Mieter des städtischen Hausgrundstückes Tempelstraße 49 einen Mietszuschlag von 140 Prozent zur Friedensmiete. Ähnlich verhält es sich mit den Häusern der Königs- und Lauragruhe, die nicht unter das Höchstmietengesetz fallen und wo die Zuschläge 200 Prozent betragen. Das Mitglied Kulas erklärte, daß nur der eingeleitete Steuerfreibetrag die Behörde bewegen habe, die Mietszuschläge von 50 auf 60—75 Prozent zu erhöhen. Er erludt, die Rekrate für 1921 nicht zu bezahlen. Der Vorschlag wird von der Versammlung einstimmig angenommen. Stadtv. Lubina schlägt vor, in unserer Stadt befindliche unterhaltungsbedürftige Hausbesitzer dem Armenamt zur Unterstützung vorzuschlagen.

Beschlossen wurde, an den Magistrat eine Eingabe zu richten, daß die Hausbesitzer im Steuerfreibetrag weiter zu verharren gewillt sind und gefordert wird, die Mietszuschläge auf 200 Prozent zu erhöhen.

Eine weitere Eingabe an den Magistrat beschäftigt sich mit den Wasserrohrbrüchen, die vielfach durch das Stoßen der Straßenbahnen verursacht werden, besonders dort, wo Kreuzungen der Straßenbahnen sind. Für andere Schäden, wie Zerplagen der Fensterkassenscheiben bei der Straßenbahnverwaltung verantwortlich zu machen. Wenn die Stadtverwaltung der Straßenbahnverwaltung die Konzession zum Fahren erteilt habe, dann habe die Stadt für Wasserrohrbrüche aufzukommen. Bei der Frage der Bürgersteig-Bereinigung wurde erwähnt, daß die städtischen Hausbesitzer dem Verein fernstehen. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Zahlung der erhöhten Schornsteinregergebühren zu verweigern und abzuwarten, wie das gerichtliche Verfahren gegen bereits angeklagte Hausbesitzer ausfallen werde. Dem Antrag Kulas, vom Oberschlesischen Hausbesitzerverband sich loszulösen, wurde nicht stattgegeben. Man will Sprechstunden für Hausbesitzer einrichten. Zu einem Beschlusse kam es nicht, weil der Magistrat um Erlaubnis zur Benutzung der Räumlichkeiten in der Feuerwache ersucht werden muß.

An Stelle des zum zweiten Vorsitzenden gewählten Stadtv. Lubina wurde Kicza zum Beisitzer, zur Vertretung der Hausbesitzerinteressen beim Mietssektoramt wurden Piechowicz und Veier gewählt.

Zum Schluß wurde noch folgende einstimmige Resolution angenommen, die dem Magistrat zugestellt werden soll:

Die heute zahlreich besuchte Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Königschütte beschloß, im Steuerfreibetrag so lange zu verharren, bis die zuständige Behörde eine den heutigen Hausbesitzverhältnissen entsprechende Erhöhung der Zuschlagprozente zu den Friedensmieten vorgenommen hat. Der hiesige Wohnungsbauverein, die Kommunen und die Stadtbehörden haben eine den Unkosten ihrer Gebäude entsprechende Steigerung der Mieten schon längst vorgenommen und erhöhen sie auch weiterhin getriggert; den privaten Hausbesitzern ist dies jedoch nicht gestattet. Wir erblicken darin eine Verge-waltigung des Hausbesitzers. Wie katastrophal die Höchstmietenerhöhung d. Wohlfahrtsministeriums gewirkt hat, geht daraus hervor, daß Hausbesitzer der Armenpflege anheimfallen, ja aus Nahrungs-lage Selbstmord begangen haben, während sie ihr niedriges Einkommen für die Erhaltung der Häuser verwenden müssen. Wir fordern auch eine Erhöhung der Entschädigung für Mieter, sowie eine Erhöhung des Wassergeldes. Schließlich bemerken wir, daß unsere Eingaben an die Behörden zum Teil lau behandelt werden und fordern eine gleichnamige Behandlung vor den Behörden, wie sie den Mietern zuteil wird.

Kreis Lublitz

:(Graf Strachwiz-Abend in Lublitz.) Der erste Schriftsteller-Abend, den die Kulturabteilung des Deutschen Volksbundes veranstaltete, stand unter dem Zeichen der Heimatkunst. Ein ober-schlesischer Dichter ist es, Hubertus Graf von Strachwiz, der seine Mitwirkung zugesagt hatte. Seine populäre Art des Vortrags mit der anmutigen Kleinarbeit ist schon nach wenigen Augenblicken die Brücke zu den Herzen seiner Zuhörer, die mit verhaltenem Atem seinen Ausführungen über seinen Vorfahren Grafen Moritz von Strachwiz lauschten, dessen Dichtungen er in ausgewählten Proben mit tiefem Verständnis für alle Feinheiten in Form und Inhalt sehr stimmungsreich zur Darstellung zu bringen wußte. Die Zuhörer nahmen zwischen dem Dichter und seinen Zuhörern wuchs, als er im zweiten Teile des Abends sich in humorvoller Weise selbst als Schriftsteller vorstellte und nach kurzer Inhaltsangabe seiner Romane mit anerkennender freimütiger Selbstkritik in seinen Humoresken „Die Gehaltsaufbesserung“, „Der Briefkantor“ und „Die Spektakelfest“ Proben wahrhaft herzerwühlenden und verlebten Humors bot, die durch keine unüber-treffliche Bittion zur vollen Entfaltung kamen. Daß der Dichter mit seinen wertvollen poetischen Gaben bei seinen neuen Freunden, die ihm hietorts erwuchsen, die beabsichtigte Wirkung erzielte, davon zeugten die stürmischen Beifallsandebungen, die sich begeistert wiederholten, als der Versammlungs-leiter, Direktor Dmucet, dem gern gesehenen Gaste mit warmem Dank den Wunsch vortrug, ihn recht bald wieder im hiesigen neuangewonnenen Freundes- und Bekanntenkreise begrüßen zu dürfen.

Berichtsaal

:(Die beabsichtigte deutsche Gefangenendelegation.) Die bekannten Vorgänge bei der Delegation für die Rückkehr der Kriegsgefangenen in Paris bildete, nach der „Nat. Ztg.“, den Gegenstand einer Anfrage wegen Diebstahls, die gegen den Kaufmann Sed-

Kreis Oppeln

Stadtverordnetenversammlung

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden wiederum über Zeinhalb Millionen Mk als Baudarlehen und Ueber-teuerungszuschüsse zur Herstellung von 44 Wohnungen bewilligt, und die Uebernahme der zur erbauenden, von Herrn Maurermeister Kunze, in Angriff genommenen 5 Wohnhäuser in städtische Regie beschloßen.

Unter den Bauten befinden sich auch vier Häuser, welche vom Beamten-Wohnungs-verein für das Landesfinanzamt gebaut werden sollen, woraus zu entnehmen ist, daß mit einem Verbleiben des Landesfinanzamtes in Oppeln gerechnet werden kann. Gleichzeitig wurde beschloßen, für das laufende Etatsjahr vom 1. 10. 1921 ab einen Gemeindezuschlag in 3facher Höhe der für Preußen zu erhebenden Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, zu erheben, jedoch diese Abgabe für Oppeln für 1921 und 1922 insgesamt 20 Proz. des Gebäudesteuer-nutzungswertes betragen wird. Nach den Ausführungen des Referenten wird diese Abgabe für das Jahr 1922 bereits ein Vielfaches dieses Betrages erreichen und von Jahr zu Jahr weiter steigen, so daß in spätestens 4 bis 5 Jahren die Wohnungen in den alten Häusern ebenso teuer sein werden, als die jetzt etwa viermal so teuren Wohnungen in den neuen, mit Staatsbeihilfen erbauten Häusern.

Ferner wurde die städtische Vergütungssteuerordnung in Einklang mit der vom Reichsrat aufgestellten Musterordnung gebracht. Die Kartenssteuer wird künftig bei Eintrittspreisen von nicht mehr als 10 Mark 20 Prozent, bei höheren Eintrittspreisen 25 Prozent, bei Kinos 30 Prozent, und wenn damit Spezialitäten wie Varietes verbunden sind, 40 Prozent, und für Vorführungen in Weindien 100 Prozent betragen.

:(Die neugegründete Theatervereinigung „Nissa“) gab in der „Nissa“ ihren ersten bunten Abend. Deklamatorische und gefangliche Darbietungen wechselten ab. Vorstehender Jomermann hielt die Ansprache. Ein gutgepielter Einakter leitete auf das theatralische Gebiet über. Man kann das erste Hervortreten der jungen Vereinigung an die Öffentlichkeit als wohlge-lungen bezeichnen.

:(Der Scharrenbrand.) Am 15. d. Mts. mittags 12 Uhr brach in der Scheune des Bauerngutsbesizers Schmidt in Mannsdorf Kreis Oppeln, ein Feuer aus, das das 30 m lange Bauwerk vollständig in Asche legte. Große Strohhaufen und eine Maschine wurden vernichtet. Den herbeieilenden Feuerwehren gelang es, das Feuer gegen 1.30 Uhr zu löschen. Es wird Brandstiftung angenommen.

:(Die neugegründete Theatervereinigung „Nissa“) gab in der „Nissa“ ihren ersten bunten Abend. Deklamatorische und gefangliche Darbietungen wechselten ab. Vorstehender Jomermann hielt die Ansprache. Ein gutgepielter Einakter leitete auf das theatralische Gebiet über. Man kann das erste Hervortreten der jungen Vereinigung an die Öffentlichkeit als wohlge-lungen bezeichnen.

